



UNIVERSITÄT
OSNABRÜCK

Die Bundestagswahl 2005 in Osnabrück

Eine empirische Analyse von Stadtgeographie,
Sozialstruktur und Wahlentscheid

Carmen Schmidt

Arbeitspapiere – Working Papers 1/ 2006

Universität Osnabrück – University of Osnabrück

Fachbereich Sozialwissenschaften – Social Science Faculty

Download: [http://: www.politik.uni-osnabrueck.de/wp](http://www.politik.uni-osnabrueck.de/wp)

Universität Osnabrück, FB1, Seminarstrasse 33, D-49069 Osnabrück, Germany

Zur Autorin:

Carmen SCHMIDT

ist Privatdozentin und stellvertretende Leiterin der Forschungsstelle Japan am Fachbereich Sozialwissenschaften der Universität Osnabrück.

Forschungsschwerpunkte:

Vergleichende Politikwissenschaft, Parteien- und Wahlforschung, Politik und Gesellschaft des modernen Japan, Eliteforschung

Wichtigste Veröffentlichungen:

Sozialstruktur und politisches System in Japan: Gesellschaftliche Konfliktlinien, politische Repräsentation und die Formierung der Wählerschaft. Marburg: Tectum, 2001.

Kleines kommentiertes Wörterbuch zur Politik in Japan. Marburg: Tectum, 2003.

Japans Zirkel der Macht: Legitimation und Integration einer nationalen Elite. Marburg: Tectum, 2005.

Kontakt:

Universität Osnabrück, Fachbereich Sozialwissenschaften, Forschungsstelle Japan, Seminarstraße 33, 49069 Osnabrück; email: carmschm@uni-osnabrueck.de

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	5
2. Theoretische Aspekte zum Zusammenhang von Sozialstruktur und Wahlentscheid	7
3. Wahlen in Osnabrück	11
3.1 Datenbasis und Zuordnung der Wahlbezirke der Kommunalwahlbereiche zu den Stadtteilen.....	11
3.2 Stadtgeographische und sozialstrukturelle Merkmale der Stadtteile in Osnabrück.....	12
3.2.1 <i>Die Stadtteile der drei städtischen Zonen im Überblick</i>	13
3.2.2 <i>Bevölkerungsdichte und Bevölkerungsbewegung</i>	15
3.2.3 <i>Ausländeranteil</i>	17
3.2.4 <i>Alters- und Familienstruktur</i>	19
3.2.5 <i>Religiöse Untergliederung</i>	22
3.2.6 <i>Zusammenfassung</i>	23
3.3 Bundestrend und Wahlentscheid in Osnabrück 1949-2005 im Vergleich.....	25
3.3.1 <i>Wahlbeteiligung</i>	25
3.3.2 <i>Stimmenanteile für die Parteien</i>	25
3.4 Die Bundestagswahl 2005 in der Stadt Osnabrück.....	27
3.4.1 <i>Der Wahlentscheid in den Stadtteilen und städtischen Zonen</i>	27
3.4.2 <i>Taktisches Wahlverhalten und politische Lager</i>	31
3.4.3 <i>Die Briefwähler</i>	34
4. Konklusion: Wahlergebnis, Sozialstruktur und Stadtgeographie in Osnabrück	37
5. Statistischer Anhang	40

Zusammenfassung

Die hier vorgelegte wahlsoziologische Analyse der Bundestagswahl vom September 2005 basiert auf statistischen Daten, die von der Stadt Osnabrück zur Verfügung gestellt wurden. Hierbei sollte geklärt werden, inwiefern das Wahlergebnis in Osnabrück Unterschiede im Vergleich zum Gesamtergebnis im Bund aufweist und ob sich im Hinblick auf die Wahlergebnisse innerhalb der Stadtteile bzw. städtischen Zonen Osnabrücks interne Varianzen zeigen.

Auffallend am Wahlergebnis in Osnabrück ist zunächst der im Vergleich zum Bundesdurchschnitt hohe Stimmenanteil der SPD. Dies kann als Ausdruck des für die großen Volksparteien typischen Nord-Süd-Schemas des Wahlverhaltens interpretiert werden, da die Hochburgen der SPD traditionell in den protestantisch geprägten Städten Norddeutschlands liegen. Auch das überdurchschnittlich gute Abschneiden von Bündnis 90/Die Grünen in Osnabrück kann nicht überraschen vor dem Hintergrund, daß städtische Dienstleistungszentren und vor allem Universitätsstädte seit dem Bestehen der Partei ihre Hochburgen bilden.

Über diese allgemeinen Tendenzen hinaus lassen sich Spezifika des Wahlverhaltens erkennen, die mit stadtgeographischen und sozialstrukturellen Gegebenheiten korrelieren: So besteht in den dichtbesiedelten, im Hinblick auf den Bevölkerungsaustausch hochgradig fluktuativen zentralen Stadtteilen mit einer überwiegend jungen, ledigen Wählerschaft eine Neigung zur Bevorzugung einer der kleineren Parteien, insbesondere der Grünen, sowie zum Wahlverzicht. Die SPD erzielte überdurchschnittlich hohe Stimmenergebnisse in Stadtteilen mit einer großen Gruppe an verheirateten Wählern, die mittleren Alters oder älter sind, wobei sich die Hochburgen der Partei in allen städtischen Zonen finden, vor allem aber in den städtischen Randbezirken. Die CDU erreichte ihre besten Ergebnisse in den ehemals agrarisch geprägten und selbständigen, überwiegend katholischen Vorortgemeinden mit einer geringen Bevölkerungsdichte, einem geringen Bevölkerungsaustausch und einer mehrheitlich verheirateten Wählerschaft mittleren Alters.

Das Wahlverhalten variiert somit deutlich zwischen den ausgeprägt fluktuativen zentralen Stadtteilen und den stabilen, schwach fluktuativen Milieus der städtischen Randgebiete und Vorortgemeinden. Die Wähler der zentralen Stadtteile sind widerstreitenden Einflußkreisen ausgesetzt, womit eine Bevorzugung kleinerer Parteien, vor allem der Grünen als Partei der „neuen“ postmaterialistischen Politik, sowie eine Tendenz zur Wahlenthaltung einhergeht. In den städtischen Randgebieten und Vorortgemeinden hingegen bestehen bei einer relativ hohen Wahlbeteiligung dauerhafte Bindungen an die Parteien der „alten“ materiellen Politik. Somit lassen sich soziokulturelle Milieus innerhalb geographischer Zonen nachweisen, mittels derer interne Varianzen des Wahlverhalten in Osnabrück maßgeblich erklärt werden können.

1. Einleitung

Die politische Wahlsoziologie beschäftigt sich unter verschiedenen Aspekten mit der Wahl politischer Repräsentanten in einem demokratischen System. Im Mittelpunkt des Forschungsinteresses steht hierbei die Frage: „Wer wählte wen/was warum?“ (Nohlen/Schulze 2002: 1067). Die soziologische Wahlforschung kann auf zwei Datentypen zurückgreifen: (1) statistische Aggregatdaten der Behörden und (2) durch Meinungsumfragen erhobene Individualdaten.

Die Auswertung von Aggregatdaten ermöglicht längerfristige Aussagen über Allianzen zwischen bestimmten Bevölkerungsgruppen und politischen Parteien, während die Analyse von Umfragedaten individuelle Handlungsentscheidungen bei bestimmten Wahlen erklärt. Langfristige Verschiebungen oder regionale Unterschiede im Wählerverhalten können durch die Auswertung von Befragungsdaten allerdings nicht erklärt werden.

Der Vergleich der Ergebnisse der Parteien in einem Wahlkreis mit statistischen Informationen über Wahlkreis und Wählerschaft bringt die Stimmergebnisse für die Parteien in Zusammenhang mit den Aggregaten der Sozialstatistik. Vorteil hierbei ist es, daß soziale Milieus und sozialstrukturelle Gruppen deutlich werden, auf die sich die verschiedenen Parteien stützen können. Der sogenannte soziologische Ansatz sieht somit das Individuum im Mittelpunkt sich gegenseitig verstärkender sozialer Einflußkreise; hieraus ergibt sich ein über einen längeren Zeitraum konstantes Wahlverhalten.

Die vorliegende wahlsoziologische Analyse basiert auf Aggregatdaten, die von der Stadt Osnabrück zur Verfügung gestellt wurden.¹ Hierbei sollen folgende Fragen geklärt werden:

- Inwiefern zeigt das Wahlergebnis in Osnabrück Unterschiede im Vergleich zum Gesamtergebnis im Bund auf?
- Zeigen sich im Hinblick auf die Wahlergebnisse innerhalb der Stadtteile bzw. städtischen Zonen Osnabrücks interne Varianzen?
- Besteht eine Korrelation zwischen Wahlergebnis, Sozialstruktur und Stadtgeographie?

¹ Mein Dank gilt dem Referat für Stadtentwicklung und Bürgerbeteiligung, Bereich Statistik der Stadt Osnabrück, und namentlich Herrn Jürgen Lübbert für seine Hilfsbereitschaft.

Zunächst soll daher ein allgemeiner Einblick über den theoretischen Zusammenhang zwischen statistisch erhobenen sozialstrukturellen Merkmalen und dem Wahlergebnis gegeben werden. Anschließend stehen die Wahlen in Osnabrück im Mittelpunkt, wobei in einem ersten Schritt die Sozialstruktur der Stadtteile analysiert wird. Im Anschluß hieran soll das dortige Wahlergebnis und das bundesweite Ergebnis einer vergleichenden Analyse unterzogen werden. Abschließend wird der Zusammenhang zwischen den stadtgeographischen und sozialstrukturellen Merkmalen der Stadtteile und dem Wahlergebnis bei der Bundestagswahl 2005 in Osnabrück analysiert.

2. Theoretische Aspekte zum Zusammenhang von Sozialstruktur und Wahlentscheid

Cleavage-Theorie

Der Zusammenhang zwischen Sozialstruktur und Parteienpräferenz ist in den sechziger Jahren von Lipset und Rokkan auf systematische Weise untersucht worden. In der Einleitung zu ihrer vergleichenden Studie *Party Systems and Voter Alignments*² führen sie die Entwicklung von Parteiensystemen, und vor allem deren Stabilität und Dauerhaftigkeit, auf sozialstrukturell verfestigte gesellschaftliche Interessengegensätze (soziale *cleavages*³) zurück. In der von ihnen entwickelten *Cleavage*-Theorie interpretieren sie die Entstehung von Parteiensystemen als Transformation sozialer Interessengegensätze in Parteialternativen. Mittels der Organisation dieser Gegensätze durch Parteien erfolgt demzufolge die Transformation des gesellschaftlichen Konfliktsystems auf die Parteisystemebene.

Soziale Milieus

Auch die Theorie der Sozialmilieus von Rainer M. Lepsius (1973) thematisiert den Zusammenhang von Sozialstruktur und Parteiensystem. Ein Milieu bezeichnet demzufolge soziale Einheiten, die durch das Zusammenwirken mehrerer, sich gegenseitig verstärkender Strukturmerkmale gebildet werden, wie Religion, regionale Tradition, wirtschaftliche Lage, kulturelle Orientierung sowie schichtspezifische Zusammensetzung der intermediären Gruppen (Lepsius 1973: 68). Das Modell sieht somit das Individuum im Mittelpunkt sich gegenseitig verstärkender sozialer Einflüsse, woraus sich ein über einen längeren Zeitraum gleichbleibendes Wahlverhalten ergibt. Ähnlich wie für

² Ein von Rokkan entwickelter Entwurf dieser Theorie erschien bereits 1965 unter dem Titel „Zur entwicklungssoziologischen Analyse von Parteiensystemen: Anmerkungen für ein hypothetisches Modell“. Dieser Aufsatz beinhaltet den ersten Teil des einleitenden Kapitels der von Lipset und Rokkan 1967 herausgegebenen Studie *Party Systems and Voter Alignments*, in dem die Theorie vollständig dargelegt wird.

³ Peter Flora bevorzugt hier als Übersetzung von *cleavage* den Begriff *Spaltung*, um anzudeuten, daß es sich um besonders starke, andauernde, in der Sozialstruktur verankerte Konflikte handelt (Flora 2000: 53). In der Übersetzung des Entwurfs von Rokkan von 1965 übersetzt Dietrich Wilhelm hingegen *cleavage* durchgehend mit *Konflikt*, und auch Rokkan grenzt die Begriffe *conflict* und *cleavage* nicht genau voneinander ab, sondern benutzt sie oft gleichrangig (z. B. Rokkan 2000: 344). Im Folgenden wird daher der Begriff *Konflikt* beibehalten.

Lipset und Rokkan ist auch für Lepsius die Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe ausschlaggebend für die individuelle Wahlentscheidung.

Zwei traditionelle Konfliktlinien in Deutschland: Klasse und Religion

In der Bundesrepublik Deutschland waren vor allem zwei längerfristige politische Hauptkonfliktlinien relevant: Klassenzugehörigkeit und Religion. So stimmten Arbeiter zumeist zugunsten der SPD, während die alte Mittelschicht eine Präferenz für die CDU/CSU aufwies. Im Hinblick auf die neue Mittelschicht sind die Präferenzen uneinheitlicher. Hier oszillieren die Anteile von SPD und Unionsparteien im Zeitverlauf umeinander. Seit den 80er Jahren tendieren die neuen Mittelschichten jedoch in zunehmendem Maße zu den Grünen (s. u.).

Auch die religiösen Gruppen zeigten eindeutige Präferenzen. In den 50er und 60er Jahren bevorzugten Evangelische die SPD, während Katholiken eher den Unionsparteien zuneigten. Die Säkularisierung der Gesellschaft hat jedoch zu einer zunehmenden Aufweichung dieser bekannten Muster des Wählerverhaltens und zu einer Annäherung der Parteienteile von CDU/CSU und SPD geführt. Lediglich bei der stetig geringer werdenden Gruppe der häufigen Kirchgänger sind die traditionellen Parteiloyalitäten noch erkennbar. Die Grünen hingegen konnten seit Anfang der 80er Jahre insbesondere unter den Nichtreligiösen große Wählergruppen erschließen (vgl. Gluchowski u. a. 2002: 189ff.).

Dealignment, Wertewandel und Pluralisierung der Lebensstile

Eine Reihe gesellschaftlicher Wandlungsprozesse ist für eine Lockerung von Parteibindungen (*dealignment*) verantwortlich. Zunächst läßt sich eine deutliche Abnahme der Zahl der traditionellen Wählergruppen feststellen, die zu einem Sinken des Einflusses dieser sozialen Gruppen auf die Wahlausgänge führte. Parallel zur Umstrukturierung der Wirtschaftssektoren sank vor allem die Zahl der im primären- und sekundären Sektor Beschäftigten bei einer gleichzeitigen Zunahme der im Dienstleistungssektor Tätigen, die heute über 60% der Erwerbstätigen stellen. Auch die Zahl der Selbständigen nahm stetig ab. Damit sank vor allem die Zahl der traditionellen Unterstützergruppen von CDU/CSU (Bauern, Selbständige) und SPD (Arbeiter), wäh-

rend die Zahl der „neuen Mittelschichtangehörigen“ mit historisch nicht gewachsenen Parteibindungen stark zunahm.

Auch der Einfluß der Kirchen schwächte sich im Zeitverlauf ab, was vor allem am stetigen Rückgang der Zahl der regelmäßigen Kirchgänger abzulesen ist: so lag sie unter den Katholiken 1953 noch bei 53%, im Jahr 1990 nur noch bei 26%. Unter den Protestanten sank die Zahl im selben Zeitraum von 19% auf gerade noch 7% (Gluchowski u. a. 2002: 187). Zudem führte die deutsche Wiedervereinigung zu einem Anstieg der Konfessionslosen.

Eine bedeutende Folge dieser Prozesse ist eine Erosion der traditionellen Milieus und Gruppenbindungen an bestimmte Parteien und eine Zunahme derjenigen Wähler, die frei und ohne Parteibindungen ihren Wahlentscheid treffen oder gar nicht wählen. Gemäß Umfragen von Infratest Dimap betrug die Zahl der Wähler ohne Parteiidentifikation im Jahr 2001 fast 50% (Hilmer 2002 nach Ellermann 2005: 112). Darüber hinaus gewinnen kurzfristige Faktoren, wie Kandidatenimages und aktuelle politische Ereignisse, zunehmend an Einfluß auf den Wahlentscheid.

Des weiteren ist argumentiert worden, daß die Polarisierung der Wähler in entwickelten Industriestaaten entlang ökonomischer *cleavages* aufgrund von Wertewandeltendenzen, die sich vor allem unter den Jüngeren und Gebildeteren vollziehen, immer mehr nachläßt, während die Polarisierung entlang unterschiedlicher Werteeinstellungen immer mehr zunimmt. Von entscheidender Bedeutung ist hierbei die Annahme, daß die Mittelschicht, vor allem die im öffentlichen Dienst Beschäftigten, nunmehr aufgrund ihrer postmaterialistischen Werteeinstellung zunehmend die Grünen unterstützt (Inglehart 1990: 260f., Kitschelt 1994, 1995). Der Wertewandel sollte somit einerseits zu verstärkten Präferenzen der Wähler für eine sog. „neue“ postmaterialistische Politik (Hildebrand/Dalton 1977) führen, andererseits zu einem graduellen Absinken von Parteiloyalitäten, da Jungwähler mit postmaterialistischen Einstellungen sich von den existierenden Parteien der „alten“, materiellen Politik nicht mehr angesprochen fühlen.

Auch die Ausdifferenzierung der Lebensverläufe und die daraus resultierende Pluralisierung und Individualisierung der Lebensstile führt dazu, daß sich Wähler nicht mehr von den Parteien der traditionellen Sozialmilieus angesprochen fühlen und sich der Wahlentscheid nicht mehr nach den klassischen Konfliktlinien „Schichtzugehörigkeit“ und „Religion“ ausrichtet (Zapf u. a. 1987, Gluchowski 1991).

Somit gehen klassische Ansätze wie die Cleavage-Theorie oder der Milieu-Ansatz davon aus, daß die Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe ausschlaggebend ist für den Wahlentscheid. Für die Bundesrepublik werden hierbei Variablen wie „Konfession“ und „Schichtzugehörigkeit“ als prägend angesehen. Neuere Ansätze hingegen, die den Wertewandel oder die Pluralisierung von Lebensstilen in den Vordergrund stellen, prognostizieren eine fortschreitende Abschwächung traditioneller Parteiloyalitäten und in der Folge eine Lockerung von Parteibindungen sowie die zunehmende Tendenz, das Wahlverhalten nach Wertepreferenzen auszurichten.

3. Wahlen in Osnabrück

3.1 Datenbasis und Zuordnung der Wahlbezirke der Kommunalwahlbereiche zu den Stadtteilen

Die vorliegende Auswertung basiert auf Aggregatdaten, die durch die *Statistischen Informationen 2/2005* des Referats für Stadtentwicklung und Bürgerbeteiligung, Bereich Statistik der Stadt Osnabrück, zur Verfügung gestellt wurden. Hierin enthalten sind Angaben zu den Bundestagswahlergebnissen in Osnabrück seit 1949, das vorläufige Gesamtergebnis im Bundestagswahlkreis 39 (Stadt Osnabrück und den Nachbargemeinden Belm, Stadt Georgsmarienhütte, Hagen, Hasbergen und Wallenhorst), Erst- und Zweitstimmenergebnisse nach Kommunalwahlbereichen und Wahlbezirken der Stadt Osnabrück (ohne die o. g. Nachbargemeinden) mit Vergleichswerten der Bundestagswahl 2002, Einwohnerstrukturdaten der Osnabrücker Kommunalwahlbereiche und Wahlbezirke vom 31.12.2004 sowie ein Wahlbezirksverzeichnis. Allgemeine statistische Informationen zu den Stadtteilen sind den *Statistischen Informationen 1/2005* entnommen.⁴ Die Analyse der Briefwähler erfolgte nach dem amtlichen Endergebnis der Bundestagswahl in Osnabrück, welches mir zur Verfügung gestellt wurde. Das zum Vergleich herangezogene amtliche Endergebnis der Bundestagswahl basiert auf den Daten des Statistischen Bundesamtes (www.bundeswahlleiter.de) vom 19. September 2005 (ohne die statistisch unerheblichen Daten des Wahlkreises 160 (Dresden 1). Prozentzahlen und Gruppierungen beruhen i. d. R. auf eigenen Berechnungen.

In der Stadt Osnabrück bestehen insgesamt 9 Kommunalwahlkreise, die sich aus jeweils 13 bis 21 Wahlbezirken mit insgesamt 118.413 Wahlberechtigten (Bundestagswahl 2005) zusammensetzen. Die statistischen Merkmale der Wahlberechtigten und der Wahlentscheid wurden differenziert nach Kommunalwahlbereichen erhoben, die allerdings nicht identisch sind mit den 23 Stadtteilen der Stadt Osnabrück, sondern in der Regel mehrere Stadtteile umfassen. Mittels des Verzeichnisses der Wahlbezirke der Bundestagswahl vom 18. September 2005 (in: *Statistische Informationen 2/2005*) wurden zunächst die Straßenzüge der einzelnen Wahlkreise ermittelt und anhand des „Straßenverzeichnisses der Stadtteile und statistischen Bezirke“ den jeweiligen Stadtteilen zugeordnet. Anhang A1 dokumentiert die Zuordnung der Wahlbezirke zu den Stadtteilen. Zumeist war die Einteilung relativ eindeutig, in einigen Fällen umfaßten die

⁴ Berufsstrukturelle Daten liegen leider nur von der Volkszählung des Jahres 1987 vor.

Wahlbezirke jedoch Straßenzüge, die durch verschiedene Stadtteile führten. Hier wurde die Zuordnung nach numerischen Mehrheiten vorgenommen. Das Ergebnis der vorgenommenen Zuordnung der Wahlberechtigten entspricht annähernd den Einwohnerzahlen der Stadtteile.

3.2 Stadtgeographische und sozialstrukturelle Merkmale der Stadtteile in Osnabrück

Osnabrück, die am Fluß Hase gelegene kreisfreie Stadt im Regierungsbezirk Weser-Ems (Niedersachsen), gilt als eine der ältesten Städte Norddeutschlands. Seit dem Mittelalter Mitglied der Hanse, war die Stadt ein Verhandlungsort des Westfälischen Friedens von 1648. Für Osnabrück, dessen überwiegend protestantische Bürgerschaft sich im ständigen Konflikt mit dem Fürstbischof befand, setzte der Friede eine Alternation von katholischer und evangelischer Herrschaft fest – ein historisch wohl einzigartiges Modell, das bis zur Neuregelung der deutschen Verhältnisse in Folge der Napoleonischen Kriege Bestand hatte. Die Industrialisierung im 19. Jahrhundert veränderte Aussehen und Bevölkerungsstruktur der Stadt durch die Ansiedlung von Industriebetrieben am Stadtrand, die Eingemeindung von Vororten und die Anlage von neuen Stadtteilen; von 1801 bis 1914 stieg die Einwohnerzahl von 8.500 auf 80.693 (Kröger 2005: 116, 176). Der Wiederaufbau der im Zweiten Weltkrieg zu nahezu 70% (Innenstadt: 90%) zerstörten Stadt und großangelegte Sanierungsmaßnahmen der 60er und 70er Jahre nahmen nur selten Rücksicht auf historische Bausubstanzen, führten zur Verbauung großer innerstädtische Grünflächen, zum Ausbau des Straßenringes um die Innenstadt und breiter Ausfallstraßen. Erst in den 70er Jahren führte Bürgerprotest zu einem Umdenken in Rat und Verwaltung. Die in der Folge fachmännisch restaurierten Straßenzüge der Altstadt stellen heute einen Anziehungspunkt für Touristen dar. Im Zuge der niedersächsischen Gebietsreform zu Anfang der 70er Jahre erfolgten weitere Eingemeindungen von bis dahin selbständigen Gemeinden des Umlandes, womit die Einwohnerzahl auf rund 160.000 anstieg. Osnabrück, seit 1974 Sitz einer Universität mit etwa 10.000 Studierenden, bildet heute ein Oberzentrum Nordwestdeutschlands für mehr als 500.000 Menschen.

3.2.1 Die Stadtteile der drei städtischen Zonen im Überblick

Städte können nicht nur als politische und administrative Organisationseinheiten mit einer je spezifischen Stadtgeschichte und -entwicklung begriffen werden, sondern aufgrund verallgemeinerbarer Urbanisierungsprozesse auch als „Erscheinungsort“ der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Entwicklung eines Landes (Grauhan 1975: 15; Evers 1975: 42).

In der Regel zeichnen sich Städte durch eine gewisse Größe, Bevölkerungsdichte und eine geschlossene Ortsform aus, wobei zumeist ein Kern-Rand-Gefälle in Bezug auf Wohn- und Lebensformen besteht. Je höher die Bevölkerungsdichte, desto höher die soziale Distanz und Anonymität. Neben der Tatsache, daß die Mehrheit der Stadtbewohner in Handel- und Dienstleistungsberufen tätig ist, ist vor allem eine differenzierte Sozialstruktur im Hinblick auf Einkommen, Bildungsstatus und Interessen kennzeichnend. Zumeist findet sich in (europäischen) Städten zudem eine hohe Zahl an Ein-Personen-Haushalten oder Kleinfamilien mit nur einem Kind. Zudem kann eine hohe inner- und zwischenstädtische Mobilität die Entwicklung stabiler städtischer Milieus verhindern. Voraussetzung für die Entwicklung stabiler Normen und Verhaltensmuster ist daher eine gewisse Dauer der Ansässigkeit der Bevölkerung.

Nach Bahrtdt (1961) repräsentiert die Stadtmitte in europäischen Großstädten den klassischen Ort städtischer Öffentlichkeit, in dem sich viele zentrale Einrichtungen befinden. Um die Stadtmitte herum befinden sich jene älteren Wohnviertel, die hinsichtlich der sozialen Struktur ihrer Bewohner sehr differenziert sind. In zunehmender Entfernung des Stadtkerns gruppieren sich neuere, zumeist monofunktionale Wohn- oder Gewerbegebiete.

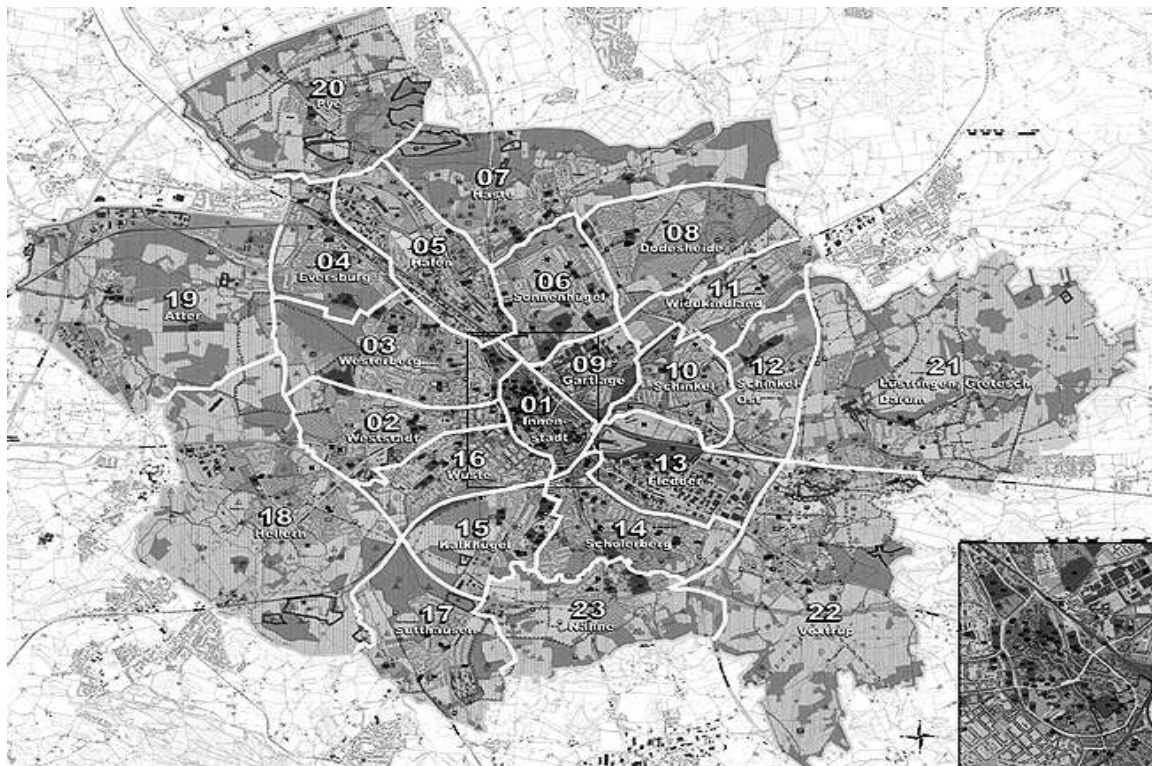
Die Stadt Osnabrück besteht aus 23 Stadtteilen, wobei unterschieden werden kann in:

(Zone 1) Zentrale Bezirke, deren öffentlicher und kultureller Mittelpunkt die Innenstadt bildet. Hier befinden sich die wichtigsten Einrichtungen der öffentlichen Verwaltung und die Universität. Um die Innenstadt gruppieren sich ältere Wohnviertel wie der Westerberg mit seinen Villen aus der Gründerzeit und der Stadtteil Schinkel, der im ausgehenden 19. Jahrhundert als klassischer Arbeiterstadtteil in Folge der Ansiedlung von Betrieben der Eisen- und Stahlindustrie im benachbarten Bezirk Fledder entstand. In den zentralen Stadtteilen dominiert durchweg verdichtete Bauweise.

(Zone 2) Städtische Randbezirke, die in den 60er Jahren durch Bundesdemonstrativbauvorhaben ausgebaut wurden (z. B. Haste, Dodesheide). Aufgrund ihrer schlechten infrastrukturellen Ausstattung weisen einige der Randbezirke eine deutliche Bevölkerungsabnahme auf (Schinkel-Ost, Widukindland). In diesen Wohnbezirken mischen sich freistehende Einfamilien- und Reihenhäuser mit mehrgeschossigen Haustypen.

(Zone 3) Vorstadtgemeinden, die 1972 im Rahmen der Gebietsreform eingemeindet wurden und ursprünglich selbständige Ortsteile waren. Viele dieser Stadtteile, deren Entwicklung nunmehr aufgrund der Anbindung an Ausfallstraßen u. ä. Maßnahmen an die Stadtentwicklung Osnabrücks gekoppelt ist, waren ursprünglich agrarisch geprägt; heute dominiert die Landwirtschaft nur noch in Voxtrup mit den Bauernschaften Düstrup und Hickingen.

SCHAUBILD 1: DIE STADTTTEILE VON OSNABRÜCK IM ÜBERBLICK



Quelle: Stadt Osnabrück.

3.2.2 Bevölkerungsdichte und Bevölkerungsbewegung

Die durchschnittliche Einwohnerzahl pro km² beträgt in der Gesamtstadt 1307,9 Personen (Tab. 1). In den zentralen Bezirken (Zone 1) liegt sie bei 2776,9 Ew/ km², wobei der Stadtteil Schinkel mit 5996,4 die höchste Besiedlungsdichte aufweist. Niedriger ist sie in den Stadtteilen Hafen und Fledder, da in diesen Stadtteilen die gewerbliche Nutzung dominiert, ebenso in den städtischen Randbezirken (Zone 2); hier leben 1503,1 Personen pro km². Erwartungsgemäß weisen die Vorstadtbezirke (Zone 3) die geringste Bevölkerungsdichte auf (545,0 Ew/ km²).

TABELLE 1: BEVÖLKERUNGSDICHTE DER STADTTEILE UND STÄDTISCHEN ZONEN

Zentrale Bezirke (Zone 1)	Einwohner	in %	km²	Bevölkerungsdichte
01 Innenstadt	8579	5,5	1,6	5263,2
02 Weststadt	8795	5,6	3,1	2838,0
03 Westerberg	8731	5,6	4,8	1815,2
05 Hafen	2477	1,6	4,1	608,3
06 Sonnenhügel	8442	5,4	3,2	2666,5
09 Gartlage	3702	2,4	1,7	2187,9
10 Schinkel	13366	8,5	2,2	5996,4
13 Fledder	2485	1,6	3,7	663,6
14 Schölerberg	14188	9,1	3,4	4113,7
16 Wüste	14369	9,2	2,8	5194,9
N=	85134	54,3	30,7	2776,9
Städtische Randbezirke (Zone 2)	Einwohner	in %	km²	Bevölkerungsdichte
04 Eversburg	7895	5,0	3,0	2669,0
07 Haste	6732	4,3	7,9	853,4
08 Dodesheide	7499	4,8	4,5	1669,0
11 Widukindland	4679	3,0	2,7	1725,9
12 Schinkel-Ost	3478	2,2	2,9	1188,7
15 Kalkhügel	5773	3,7	3,0	1916,7
N=	36056	23,0	24,0	1503,1
Vorstadtgemeinden (Zone 3)	Einwohner	in %	km²	Bevölkerungsdichte
17 Sutthausen	4668	3,0	4,5	1043,1
18 Hellern	6897	4,4	12,3	562,8
19 Atter	4107	2,6	10,8	381,7
20 Pye	3239	2,1	7,6	428,4
21 Darum/ Gretesch/ Lüstringen	7568	4,8	14,3	528,1

22 Voxtrup	6829	4,4	10,9	624,9
23 Nahne	2203	1,4	4,9	453,9
N=	35511	22,7	65,2	545,0
N Osnabrück gesamt=	156701	100,0	119,8	1307,9

Quelle: Gesamtbevölkerung am 31.12.04 nach *Statistische Informationen 1/2005*: 16.

Anm. : Angaben zur Größe der Stadtteile und statistischen Bezirke entstammen der Internetveröffentlichung Nr. 01002 der Stadt Osnabrück; Stand: 31.12.2004.

Die Bevölkerungsbewegung fällt mit knapp 35% in den zentralen Bezirken (Zone 1) erwartungsgemäß am stärksten aus und wird nach Außen hin schwächer. In den städtischen Randgebieten (Zone 2) betrug der prozentuale Anteil des Bevölkerungsaustausches etwa 26%, in den Vorstadtgemeinden (Zone 3) lediglich etwa 19% (Tab. 2). Vor allem der Stadtteil Innenstadt (Zone 1) ist durch starke Bevölkerungsbewegungen gekennzeichnet: hier lag der prozentuale Anteil aller Zu- und Abwanderungen (inkl. Umzüge innerhalb des Stadtgebietes) zwischen dem 31.12.2003 und dem 31.12.2004 bei 56%. Auch die Stadtteile Gartlage (09) und Hafen (05) (Zone 1) weisen mit 45,8% bzw. 42,4% einen überproportional hohen Bevölkerungsaustausch auf. Der niedrigste Anteil an Zu- und Fortzügen weist die Vorortgemeinde Sutthausen (Zone 3) mit nur 14,8% auf.

TABELLE 2: BEVÖLKERUNGS-AUSTAUSCH IN DEN STÄDTISCHEN ZONEN UND STADTTTEILEN ZWISCHEN DEM 31.12.2003 UND DEM 31.12.2004

Zentrale Bezirke (Zone 1)	Wanderungsbewegungen über die Stadtgrenze hinaus					Ummeldungen innerhalb der Stadt				Wanderungen gesamt	
	Bev.*	Zu- züge	Fort- züge	Sum.	in %	Zu- züge	Fort- züge	Sum.	in %	Sum.	in %
01 Innenstadt	8771	1265	1161	2426	27.7	1152	1336	2488	28.4	4914	56.0
02 Weststadt	8913	598	659	1257	14.1	719	725	1444	16.2	2701	30.3
03 Westerberg	8903	685	665	1350	15.2	677	740	1417	15.9	2767	31.1
05 Hafen	2481	286	266	552	22.2	243	258	501	20.2	1053	42.4
06 Sonnenhügel	8563	470	527	997	11.6	658	671	1329	15.5	2326	27.2
09 Gartlage	3761	363	382	745	19.8	458	520	978	26.0	1723	45.8
10 Schinkel	13291	750	802	1552	11.7	1444	1337	2781	20.9	4333	32.6
13 Fledder	2496	153	167	320	12.8	235	248	483	19.4	803	32.2
14 Schölerberg	14373	943	985	1928	13.4	1256	1350	2606	18.1	4534	31.5
16 Wüste	14509	1108	1193	2301	15.9	1288	1296	2584	17.8	4885	33.7

N Zone 1=	86061	6621	6807	13428	15.6	8130	8481	16611	19.3	30039	34.9
Städtische Randbezirke (Zone 2)	Wanderungsbewegungen über die Stadtgrenze hinaus					Ummeldungen innerhalb der Stadt				Wanderun- gen gesamt	
	Bev.*	Zu- züge	Fort- züge	Sum.	in %	Zu- züge	Fort- züge	Sum.	in %	Sum.	in %
04 Eversburg	7833	396	406	802	10.2	694	621	1315	16.8	2117	27.0
07 Haste	6734	396	390	786	11.7	564	488	1052	15.6	1838	27.3
08 Dodesheide	7519	390	425	815	10.8	554	512	1066	14.2	1881	25.0
11 Widukindland	4655	208	190	398	8.5	303	270	573	12.3	971	20.9
12 Schinkel-Ost	3407	93	103	196	5.8	314	227	541	15.9	737	21.6
15 Kalkhügel	5687	333	288	621	10.9	555	511	1066	18.7	1687	29.7
N Zone 2=	35835	1816	1802	3618	10.1	2984	2629	5613	15.7	9231	25.8
Vorstadtgemein- den (Zone 3)	Bev.*	Zu- züge	Fort- züge	Sum.	in %	Zu- züge	Fort- züge	Sum.	in %	Sum.	in %
17 Sutthausen	4650	132	149	281	6.0	226	179	405	8.7	686	14.8
18 Hellern	6956	261	268	529	7.6	278	321	599	8.6	1128	16.2
19 Atter	4196	182	294	476	11.3	278	274	552	13.2	1028	24.5
20 Pye	3240	125	163	288	8.9	156	134	290	9.0	578	17.8
21 Da/ Gr/ Lü	7641	272	326	598	7.8	448	481	929	12.2	1527	20.0
22 Voxtrup	6827	254	262	516	7.6	385	380	765	11.2	1281	18.8
23 Nahne	2263	85	142	227	10.0	118	124	242	10.7	469	20.7
N Zone 3=	35773	1311	1604	2915	8.1	1889	1893	3782	10.6	6697	18.7
N Osnabrück gesamt=	157669	9748	10213	19961	12.7	13003	13003	26006	16.5	45967	29.2

Quelle: *Statistische Informationen 1/2005*: 16.

Anm.: Prozentzahlen und Grupperungen: Eigene Berechnung. * Bevölkerung: Stand 31.12.2003. Da/ Gr/ Lü= Darum/ Gretesch/ Lüstringen.

3.2.3 Ausländeranteil

Ab den 1960er Jahren erfuhr die Stadt große demographische Verschiebungen durch die Einwanderung einer beträchtlichen Anzahl von Arbeitsimmigranten aus Südeuropa und der Türkei. Viele dieser Migranten ließen sich dauerhaft in der Stadt nieder. Heute beträgt der Ausländeranteil in der Gesamtstadt 9,7%, wobei Türken mit 20,9% die größte Gruppe stellen, gefolgt von Serben/ Montenegrinern (8,7%) und Portugiesen (7,5%).⁵

⁵ Eigene Berechnung nach: *Statistische Informationen 2005/ I*: 10; Stand 31.12.2004.

Der Ausländeranteil, der in den zentralen Vierteln mit 12% am höchsten liegt, nimmt über die städtischen Randgebiete (9,2%) zu den Vorortgemeinden hin ab (4,7%). Unter den einzelnen Stadtteilen weist Schinkel (Zone 1) mit knapp 21% den höchsten Anteil auf, gefolgt von Gartlage und Fledder (beide Zone 1) mit etwa 18%. Im ebenfalls zur Zone 1 gehörenden Stadtteil Westerberg hingegen beträgt der Ausländeranteil lediglich 5%; am niedrigsten liegt er in Sutthausen (Zone 3) mit unter 3% (vgl. Tab. 3). Der Ausländeranteil in den zentralen Stadtteilen differiert somit erheblich, während in den übrigen Zonen eine relativ homogene Verteilung vorliegt.

TABELLE 3: DER AUSLÄNDERANTEIL IN DEN STÄDTISCHEN ZONEN UND STADTTTEILEN

Zentrale Bezirke (Zone 1)	Deutsche	in %	Ausländer	in %	N=
01 Innenstadt	7321	85.3	1258	14.7	8579
02 Weststadt	8085	91.9	710	8.1	8795
03 Westerberg	8292	95.0	439	5.0	8731
05 Hafen	2206	89.1	271	10.9	2477
06 Sonnenhügel	7787	92.2	655	7.8	8442
09 Gartlage	3035	82.0	667	18.0	3702
10 Schinkel	10576	79.1	2790	20.9	13366
13 Fledder	2032	81.8	453	18.2	2485
14 Schölerberg	12400	87.4	1788	12.6	14188
16 Wüste	13163	91.6	1206	8.4	14369
N Zone 1=	74897	88.0	10237	12.0	85134
Städtische Randbezirke (Zone 2)	Deutsche	in %	Ausländer	in %	N=
04 Eversburg	7223	91.5	672	8.5	7895
07 Haste	6136	91.1	596	8.9	6732
08 Dodesheide	6863	91.5	636	8.5	7499
11 Widukindland	4266	91.2	413	8.8	4679
12 Schinkel-Ost	3203	92.1	275	7.9	3478
15 Kalkhügel	5050	87.5	723	12.5	5773
N Zone 2=	32741	90.8	3315	9.2	36056
Vorstadtgemeinden (Zone 3)	Deutsche	in %	Ausländer	in %	N=
17 Sutthausen	4538	97.2	130	2.8	4668
18 Hellern	6632	96.2	265	3.8	6897
19 Atter	3857	93.9	250	6.1	4107
20 Pye	3126	96.5	113	3.5	3239
21 Darum/ Gretesch/ Lüstringen	7090	93.7	478	6.3	7568
22 Voxtrup	6512	95.4	317	4.6	6829

23 Nahne	2092	95.0	111	5.0	2203
N Zone 3=	33847	95.3	1664	4.7	35511
N Osnabrück gesamt=	141485	90.3	15216	9.7	156701

Quelle: Eigene Berechnung nach: *Statistische Informationen 1/2005*: 18ff. Stand: 31.12.2004.

3.2.4 Alters- und Familienstruktur

Seit der Einrichtung der Universität 1974 erlebt die Stadt einen anhaltenden Zuzug von Studenten, die mittlerweile in einigen Stadtteilen den Altersdurchschnitt der Bevölkerung deutlich senken. Daher dominieren im zentralen Bezirk (Zone 1) die Jungwähler, deren Prozentsatz zu Zone 3 hin abnimmt. Gut 42% der Wähler in Zone 1 befanden sich bei der letzten Bundestagswahl 2005 im Alter zwischen 18 und 39 Jahren, in Zone 2 stellte diese Altersgruppe knapp 34% der Wahlberechtigten, in Zone 3 knapp 33%. Im Stadtteil Innenstadt stellt diese Gruppe mit 55,4% sogar die Mehrheit der Wählerschaft, da sich hier angesichts der Nähe zur Universität zahlreiche Studentenwohnheime befinden (vgl. Tab. 4).

Ein umgekehrter Trend zeigt sich bei den Wählern in einem Alter zwischen 40 und 59 Jahren: hier liegt der Anteil mit 35,5% in den Vorstadtgemeinden (Zone 3) am höchsten, während er in den städtischen Randgebieten (Zone 2) 32,2% beträgt und in den zentralen Bezirken (Zone 1) lediglich 27,4%.

Die Gruppe der über 60jährigen hingegen war in den städtischen Randgebieten (Zone 2) mit 34% am stärksten vertreten, während ihr Prozentsatz in Zone 3 knapp 32% und in Zone 1 lediglich etwa 30% betrug. Der mit 38% auffallend hohe Anteil der über 60jährigen im Stadtteil Westerberg (Zone 1) resultiert aus einer dortigen Konzentration von zahlreichen Einrichtungen für Senioren.

TABELLE 4: ALTERSVERTEILUNG DER WAHLBERECHTIGTEN IN DEN STADTTTEILEN UND STÄDTISCHEN ZONEN (IN %)

Zentrale Bezirke (Zone 1)	18-29	30-39	40-49	50-59	60-69	70+	N=
01 Innenstadt	38.0	17.4	12.6	8.7	8.9	14.4	100.0
02 Weststadt	20.4	20.3	16.6	12.2	13.0	17.4	99.9
03 Westerberg	17.5	16.2	15.0	13.8	16.2	21.4	100.1
05 Hafen	25.0	16.4	17.4	11.8	13.2	16.3	100.1
06 Sonnenhügel	18.7	18.0	17.5	12.9	14.1	18.7	99.9

09 Gartlage	31.5	21.0	14.2	9.5	10.9	12.9	100.0
10 Schinkel	20.9	16.2	16.6	12.6	15.6	18.1	100.0
13 Fledder	22.1	19.0	15.6	13.4	15.0	14.9	100.0
14 Schölerberg	22.8	18.0	16.2	12.1	13.1	17.9	100.1
16 Wüste	26.2	21.2	14.8	10.8	12.5	14.5	100.0
N Zone 1=	23.9	18.4	15.6	11.8	13.3	17.0	100.0
	42.3		27.4		30.3		
Städtische Randbezirke (Zone 2)	18-29	30-39	40-49	50-59	60-69	70+	N=
04 Eversburg	19.9	17.8	18.4	14.6	15.8	13.6	100.1
07 Haste	19.2	14.6	17.1	13.6	15.7	19.9	100.1
08 Dodesheide	16.9	14.4	18.6	15.1	15.9	19.1	100.0
11 Widukindland	15.4	16.4	19.0	13.0	17.2	19.0	100.0
12 Schinkel-Ost	14.6	13.0	20.0	14.2	17.2	21.0	100.0
15 Kalkhügel	19.0	17.9	17.1	13.4	14	18.6	100.0
N Zone 2=	17.9	15.8	18.2	14.0	15.8	18.2	99.9
	33.7		32.2		34.0		
Vorstadtgemeinden (Zone 3)	18-29	30-39	40-49	50-59	60-69	70+	N=
17 Sutthausen	13.0	18.4	18.9	16.0	18.0	15.8	100.1
18 Hellern	15.6	14.7	20.6	17.3	16.3	15.4	99.9
19 Atter	17.2	18.0	19.8	14.9	16.5	13.6	100.0
20 Pye	17.1	17.3	25.9	13.6	12.3	13.8	100.0
21 Darum/ Gretesch/ Lüstringen	15.0	17.5	20.2	15.0	15.5	16.7	99.9
22 Voxtrup	15.5	18.5	19.4	14.4	16.3	15.8	99.9
23 Nahne	15.0	16.1	17.9	13.5	17.5	20.0	100.0
N Zone 3=	15.4	17.2	20.2	15.3	16.1	15.8	100.0
	32.6		35.5		31.9		
N Osnabrück gesamt=	18-29	30-39	40-49	50-59	60-69	70+	N=
	20.6	17.6	17.3	13.1	14.5	17.0	100.1
	38.2		30.4		31.5		

Quelle: Statistische Informationen 2/ 2005: 26 ff.

Anm.: Prozentzahlen: Eigene Berechnung. Stand: 31.12.2004.

Die Verteilung der Altersgruppen spiegelt sich der Differenzierung nach Familienstand wider: so sind 41% der Wähler in den zentralen Bezirken (Zone 1) unverheiratet (im Stadtteil Innenstadt sogar 59,1%), während die Ledigenquote nach außen stark abnimmt und in den städtischen Randgebieten 27% und in den Vorstadtgemeinden (Zone 3) lediglich noch 24% beträgt.

Umgekehrt verhält es sich mit der Verheiratetenquote, die in den Vorstadtgemeinden mit 61% am höchsten liegt, hingegen in den städtischen Randbezirken bei 56%, in den zentralen Bezirken bei gut 40% liegt (vgl. Tab. 5).

TABELLE 5: WAHLBERECHTIGTE DER STADTEILE UND STÄDTISCHEN ZONEN NACH FAMILIENSTAND

Zentrale Bezirke (Zone 1)	ledig	verheiratet	verwitwet	geschieden	N=
01 Innenstadt	59.1	23.6	8.4	9.0	100.1
02 Weststadt	42.0	40.4	9.5	8.1	100
03 Westerberg	32.9	48.1	11.5	7.5	100
05 Hafen	39.6	40.4	10.4	9.6	100
06 Sonnenhügel	34.7	47.0	10.8	7.5	100
09 Gartlage	53.1	30.0	7.5	9.4	100
10 Schinkel	31.2	47.6	11.3	9.8	99.9
13 Fledder	34.8	46.7	9.4	9.1	100
14 Schölerberg	39.0	41.9	10.2	8.9	100
16 Wüste	46.9	35.7	8.7	8.7	100
N Zone 1=	41.1	40.4	9.9	8.7	100.1
Städtische Randbezirke (Zone 2)	ledig	verheiratet	verwitwet	geschieden	N=
04 Eversburg	28.8	55.1	8.1	8.1	100.1
07 Haste	29.8	53.4	10.4	6.5	100.1
08 Dodesheide	24.5	58.4	10.1	7.0	100
11 Widukindland	22.5	61.3	11.1	5.1	100
12 Schinkel-Ost	20.9	62.0	10.9	6.3	100.1
15 Kalkhügel	31.5	49.8	10.6	8.2	100.1
N Zone 2=	27.0	56.0	10.0	7.0	100
Vorstadtgemeinden (Zone 3)	ledig	verheiratet	verwitwet	geschieden	N=
17 Sutthausen	22.7		8.9	5.6	100
18 Hellern	25.3	59.8	8.1	6.8	100
19 Atter	23.2	61.5	8.8	6.4	99.9
20 Pye	23.9	64.3	6.8	5.1	100.1
21 Darum/ Gretesch/ Lüstringen	23.4	60.4	9.6	6.6	100
22 Voxtrup	24.3	60.6	8.6	6.4	99.9
23 Nahne	25.4	58.9	9.3	6.4	100
N Zone 3=	24.0	61.0	8.7	6.3	100
N Osnabrück gesamt=	34.0	48.6	9.7	7.8	100.1

Quelle: Statistische Informationen 2/ 2005: 33 ff.

Anm.: Prozentzahlen: Eigene Berechnung. Stand: 31.12.2004.

3.2.5 Religiöse Untergliederung

In konfessioneller Hinsicht war Osnabrück seit Reformation und Gegenreformation im 16. und 17. Jahrhundert eine gespaltene Stadt. Der westfälische Friede bescherte dem damaligen Fürstbistum ein Modell alternierender katholischer und evangelischer Herrschaft. Seit den 1960er Jahren haben sich die religiösen Gegensätze jedoch zunehmend aufgelöst.

Innerhalb der zentralen Zone sind die beiden großen Konfessionen annähernd gleich stark und die Verteilung unter der Wählerschaft relativ homogen, mit einem leichten Übergewicht der Evangelischen in fast allen Stadtteilen der zentralen Bezirke (außer der Innenstadt, Fledder und Schölerberg); das Gleiche gilt für die städtischen Randbezirke (mit Ausnahme von in Haste und Dodesheide). Für die Vorstadtgemeinden hingegen läßt sich keine eindeutige Tendenz feststellen: so dominieren in Atter, Darum/Gretesch/Lüstringen und Hellern mit 51,6% bzw. 49% Angehörige der evangelischen Konfession, in Pye, Nahne, Sutthausen und Voxtrup hingegen mit 61.6% bzw. 55.8% und 49% Katholiken.

Die Konfessionslosen bzw. Angehörigen anderer Konfessionen stellen knapp ein Viertel aller Wahlberechtigten der zentralen Bezirke, in den innerstädtischen Randbezirken liegt ihr Anteil bei rund 20% und in den Vorstadtgemeinden bei gut 18% (vgl. Tab. 6).

TABELLE 6: ANHÄNGER DER RELIGIONSGEMEINSCHAFTEN UNTER DEN WAHLBERECHTIGTEN IN DEN STADTTEILEN UND STÄDTISCHEN ZONEN (IN %)

Zentrale Bezirke (Zone 1)	evangelisch	katholisch	Sonstige/ ohne	N=
01 Innenstadt	36.0	40.0	24.0	100
02 Weststadt	41.5	33.0	25.4	99.9
03 Westerberg	45.1	31.8	23.2	100.1
05 Hafen	43.3	34.5	22.1	99.9
06 Sonnenhügel	40.6	39.0	19.5	99.1
09 Gartlage	37.7	35.9	26.4	100
10 Schinkel	40.2	34.0	25.8	100
13 Fledder	36.0	38.6	25.3	99.9
14 Schölerberg	37.9	39.4	22.8	100.1
16 Wüste	40.7	34.8	24.5	100
N Zone 1=	40.1	36.2	23.7	100

Städtische Randbezirke (Zone 2)	evangelisch	katholisch	Sonstige/ ohne	N=
04 Eversburg	43.6	33.3	23.1	100
07 Haste	32.3	51.4	16.3	100
08 Dodesheide	36.1	44.1	19.9	100.1
11 Widukindland	40.8	39.5	19.7	100
12 Schinkel-Ost	42.5	39.1	18.4	100
15 Kalkhügel	40.9	36.9	22.2	100
N Zone 2=	39.0	40.9	20.1	100
Vorstadtgemeinden (Zone 3)	evangelisch	katholisch	Sonstige/ ohne	N=
17 Sutthausen	34.5	49.3	16.2	100
18 Hellern	49.0	30.2	20.8	100
19 Atter	51.6	26.4	21.9	99.9
20 Pye	24.7	61.6	13.8	100.1
21 Darum/ Gretesch/ Lüstringen	49.1	31.9	19.0	100
22 Voxtrup	34.2	48.5	17.3	100
23 Nahne	28.7	55.8	15.5	100
N Zone 3=	41.1	40.5	18.3	99.9
N Osnabrück gesamt=	40.1	38.2	21.7	100

Quelle: Statistische Informationen 2/ 2005: 37 ff.

Anm.: Prozentzahlen: Eigene Berechnung. Stand: 31.12.2004.

3.2.6 Zusammenfassung

Zusammenfassend kann somit festgehalten werden, daß die zentralen Stadtteile der Zone 1 gekennzeichnet sind durch einen hohen Bevölkerungsaustausch, eine hohe Bevölkerungsdichte sowie einen überproportional hohen Ausländeranteil; die Wähler dieser Zone sind eher jung und unverheiratet, und nahezu ein Viertel gehört keiner Konfession oder einer anderen als der evangelischen oder katholischen an. Allerdings bestehen erhebliche Unterschiede zwischen den zentralen Stadtteilen bezüglich des Ausländeranteils und der Altersstruktur der Wählerschaft; dies dürfte als unmittelbarer Ausdruck der unterschiedlichen Funktionszuweisung der Stadtteile innerhalb des gesamtstädtischen Subsystems der zentralen Zone zu interpretieren sein. So ist der Stadtteil Innenstadt nicht nur das Kultur- und Geschäftszentrum Osnabrücks, sondern auch ein von den zahlreichen ansässigen Studenten und der Universität nachhaltig geprägter Stadtteil; dem gutbürgerlichen Westerberg mit Villen aus der Gründerzeit und zahlreichen Wohneinrichtungen für wohlhabende Senioren stehen traditionelle Arbeiterviertel wie Schinkel mit einem ausgeprägt hohen Anteil an Ausländern gegenüber.

Die städtischen Randbezirke (Zone 2) nehmen in Bezug auf Bevölkerungsdichte, Bevölkerungsbewegung und Ausländeranteil eine mittlere Position ein. Die Wählerschaft ist überwiegend verheiratet, mittleren Alters und älter und in religiöser Hinsicht relativ homogen verteilt, mit einem leichten Übergewicht an Protestanten. Der Anteil an Konfessionslosen oder Angehörigen anderer Religionen liegt zwischen dem von Zone 1 und Zone 3. Die Stadteile dieser Zone können durchweg als monofunktionale Wohnviertel bezeichnet werden.

Die Stadteile der Vorortbezirke (Zone 3) sind charakterisiert durch eine geringe Fluktuation der Einwohnerschaft, eine niedrige Bevölkerungsdichte und einen vergleichsweise geringen Ausländeranteil. Ihre Wählerschaft ist im Unterschied zu denen der zentralen Bezirke eher mittleren Alters, verheiratet und gehört einer der beiden großen Konfessionen an. Auch diese in den letzten Jahrzehnten eingemeindeten, ehemals agrarisch geprägten Stadteile bilden überwiegend reine Wohnviertel.

SCHAUBILD 2: ÜBERBLICK ÜBER AUSGEWÄHLTE STADT GEOGRAPHISCHE UND SOZIALSTRUKTURELLE MERKMALE DER STÄDTISCHEN ZONEN

Stadtgeographische Merkmale der Stadteile								
Bevölkerungsdichte (Ew/ km ²)			Wanderungsbewegungen			Ausländeranteil		
Zone 1	2776,9	↑	Zone 1	34,9	↑	Zone 1	12,0	↑
Zone 2	1503,1		Zone 2	25,8		Zone 2	9,2	
Zone 3	545,0		Zone 3	18,7		Zone 3	4,7	
Sozialstrukturelle Merkmale der Wählerschaft								
Verteilung der Altersgruppe 18-39			Anteil der Ledigen			Konfessionslose/ Andere Religionen		
Zone 1	42,3	↑	Zone 1	41,1	↑	Zone 1	23,7	↑
Zone 2	33,7		Zone 2	27,0		Zone 2	20,1	
Zone 3	32,6		Zone 3	24,0		Zone 3	18,3	

Quelle: Eigene Zusammenstellung.

3.3 Bundestrend und Wahlentscheid in Osnabrück

3.3.1 Wahlbeteiligung

Die Partizipationsrate bei Wahlen in Deutschland liegt im internationalen Vergleich relativ hoch. Bei der ersten Wahl zu einem Deutschen Bundestag im Jahr 1949 hatte die Wahlbeteiligung noch bei unter 80% gelegen, bei den zweiten Wahlen 1953 jedoch bereits bei 86%, um bis 1972 kontinuierlich bis auf 91,1% anzusteigen. Zwischen 1976 und 1987 verzeichnete die Quote eine Abnahme, lag jedoch immer noch deutlich über 80%. In den 90er Jahren sank sie allerdings auf Werte zwischen 77,8% (1990) und 82,2% (1998) und erreichte bei der Bundestagswahl 2005 schließlich einen nachkriegsgeschichtlichen Tiefstand von 77,7%. Für die Bundesrepublik zeigt sich damit ein ähnlicher Trend wie für andere entwickelte Industriestaaten, wo die Partizipationsraten ebenfalls rückläufig sind.

Die Wahlbeteiligungsrate in Osnabrück⁶ entspricht in etwa dem Bundestrend. Lediglich in den Jahren 1953-65 und 1990-2005 lag sie geringfügig über der bundesweiten Quote. Im Jahr 2005 lag sie bei 78,1%, womit sie auch in Osnabrück einen historischen Tiefstand erreichte (vgl. Anhang Schaubild 1).

3.3.2 Stimmenanteile für die Parteien

Wäre die Bundestagswahl 2005 in Osnabrück entschieden worden, hätte die Regierungskoalition von SPD und Bündnis 90/ Die Grünen mit 51,9% der Stimmen eine deutliche Mehrheit erhalten (bundesweit: 42,4%). Auch bei der vorangegangenen Wahl des Jahres 2002 hatte die Zustimmung für die Koalition mit 55,4% deutlich über dem Gesamtergebnis von 47,1% gelegen. Das Ergebnis der SPD lag 2005 mit 40,2% in Osnabrück-Stadt knapp 6% über dem bundesweiten Wahlergebnis (2002: +5,2%), Bündnis 90/ Die Grünen kamen sowohl 2005 als auch 2002 auf einen Anteil von 11,7%, womit die Präferenzen für die Partei im Stadtgebiet um 3,6% bzw. 3,1% über dem Bundesergebnis lagen. Die CDU erreichte 2005 32,4% der Stimmen und schnitt damit um knapp 3% schlechter ab als landesweit (2002: -4,8%). Die FDP kam bei der Wahl 2005 sowohl landesweit als auch im Stadtgebiet auf 9,8% der Stimmen; 2002 hatte das

⁶ Hier und im Folgenden beschränkt sich die Analyse auf die Ergebnisse in Osnabrück-Stadt, ohne die zum Wahlkreis 39 gehörenden Nachbargemeinden Belm, Stadt Georgsmarienhütte, Hagen, Hasbergen und Wallenhorst.

Ergebnis in Osnabrück mit 8,4% um einen Prozentpunkt über dem bundesweiten Stimmenanteil der Partei gelegen (vgl. Tab. 7)

TABELLE 7: WAHLERGEBNISSE IM BUND UND DER STADT OSNABRÜCK IM VERGLEICH

Partei	Wahl 2005		Wahl 2002	
	Bund	Osnabrück	Bund	Osnabrück
SPD	34.3	40.2	38.5	43.7
CDU/ CSU	35.2	32.4	38.5	33.7
Grüne	8.1	11.7	8.6	11.7
FDP	9.8	9.8	7.4	8.4
Die Linke.PDS	8.7	4.2	4.0	k. A
Sonstige	3.9	1.7	3.0	2.5
N=	100.0	100.0	100.0	100.0
Wahlbeteiligung	77.7	78.1	79.1	79.5

Quelle: Gesamt: *Deutschland in Zahlen 2004*: 110 und *Der Bundeswahlleiter 2005*; Osnabrück: *Statistische Informationen 2/2005*: 7.

Die letzten beiden Wahlen stellen im Hinblick auf die Einzelergebnisse für die Parteien keine Ausnahme dar, da die Stimmenanteile für SPD und Bündnis 90/ Die Grünen in Osnabrück bei Bundestagswahlen stets überdurchschnittlich ausfielen, während die Anteile der Union unter dem Bundesdurchschnitt lagen. Die Ergebnisse der FDP hingegen weichen kaum von den Bundesergebnissen ab, wenngleich sie seit den 60er Jahren tendenziell leicht über dem Gesamtergebnis lagen (vgl. Anhang, Schaubilder A2-A5).

Osnabrück liegt hierbei im Trend der protestantisch geprägten norddeutschen Städte, wo der Stimmenanteil für die SPD traditionell deutlich über jenem der eher katholisch geprägten Gemeinden Süddeutschlands liegt. Das gute Abschneiden von Bündnis 90/ Die Grünen ist vor dem Hintergrund der Tatsache erklärbar, daß die Partei in städtischen Dienstleistungszentren, und vor allem in Universitätsstädten, ihre höchsten Stimmengewinne erzielen kann (von Beyme 2004: 99ff.). Ungeachtet der zu konstatierenden Tendenz zum „Ergrauen“ der Grünen-Wähler (Klein/Arzheimer 1997) findet die Partei unter Jungwählern noch immer deutlich größeren Rückhalt als unter älteren Wählern.

Die Tendenz zur Bevorzugung der SPD bei Bundestagswahlen spiegelt sich in der Tatsache, daß Osnabrück seit 1956 von sozialdemokratischen Bürgermeistern regiert wird, auch wenn es bei Landtagswahlen des öfteren CDU-Mehrheiten gab.

3.4 Die Bundestagswahl 2005 in der Stadt Osnabrück

3.4.1 Der Wahlentscheid in den Stadtteilen und städtischen Zonen

Tabelle 8 gibt einen Überblick über die Zweitstimmenergebnisse für die Parteien (ohne Briefwähler). Wie hieraus ersichtlich ist, fällt die Wahlbeteiligung in den innerstädtischen Bezirken (Zone 1) mit 61,2% am niedrigsten aus und mit 70,3% in den Vorstadtgemeinden (Zone 3) am höchsten. Besonders niedrig liegt die Wahlbeteiligung in den zentralen Stadtteilen Innenstadt (55,2%), Hafen (56,6) und Gartlage (58,3%), in denen der Bevölkerungsaustausch hoch und die Wählerschaft durch ein niedriges Alter gekennzeichnet ist. Besonders ausgeprägt ist die Partizipationsrate in den Vorortgemeinden Pye (74,5%), Sutthausen (72,2%) sowie Nahne und Darum / Gretesch / Lüstringen (je 70,1%), die einen sehr geringen Grad an Zu- und Abwanderungen und eine Wählerschaft mittleren Alters aufweisen.

Die SPD, die in Osnabrück mit 41,4% der Urnenwählerstimmen stärkste Kraft wurde, erreichte ihre besten Ergebnisse in Widukindland (Zone 2) mit 49,4%, Schinkel (Zone 1) mit 48,2% und Darum/ Gretesch/ Lüstringen (Zone 3) mit 46,9%. Zumindest im traditionellen Arbeiterbezirk Schinkel scheint es sich um milieuspezifische Loyalitäten zur SPD zu handeln, die nach wie vor intakt sind. In allen diesen Bezirken dominieren ältere, verheiratete Wahlberechtigte. Ihre schlechtesten Ergebnisse erzielte die Partei in den Stadtteilen Westerberg (30,3%), Nahne (33,6%) und Haste (35,3%), wo überdurchschnittlich gute Ergebnisse für die Bündnis 90/ Die Grünen und FDP (Westerberg) bzw. die CDU (Nahne und Haste) vorliegen.

Die CDU, die unter den Urnenwählern insgesamt 31,2% der Zweitstimmen erreichte, erzielte ihre besten Ergebnisse in den Vorortgemeinden Nahne (44,7%), Haste (40,9%) und Pye (42,3%). In allen diesen Stadtteilen stellen die Katholiken eine Mehrheit der Wählerschaft, was darauf schließen läßt, daß die religiöse Konfliktlinie hier weiterhin das Wahlverhalten beeinflusst. In diesen Vierteln dominieren verheiratete Wahlberechtigte mittleren Alters. Am schlechtesten schnitt die Partei in den zentralen Stadtteilen Hafen (24%), Wüste (25,5%) und Gartlage (25,9%) ab, wo Die Linke.PDS (Hafen,

Gartlage) sowie Bündnis 90/ Die Grünen (Wüste, Gartlage) vergleichsweise hohe Stimmzahlen erzielten.

Bündnis 90/ Die Grünen, die 11,8% der Zweitstimmen auf sich vereinen konnten, erreichten die höchsten Stimmenanteile in den zentralen Stadtteilen, vor allem in Gartlage (17,9%), Wüste (17,8%) und Weststadt (16,8%), in denen jüngere, ledige Wahlberechtigte in einem Alter zwischen 18 und 39 Jahren die größte Gruppe stellen. Dieses Wahlergebnis entspricht den Prognosen der Postmaterialismusthese, wonach jüngere Wähler die Grünen als Vertreter der postmaterialistischen „neuen“ Politik bevorzugen sollten. Die niedrigsten Ergebnisse ergaben sich für die Partei in den Stadtteilen Pye (6,5%), Darum/ Gretesch/ Lüstringen (7,0%) und Schinkel-Ost (7,1%), den Hochburgen von CDU (Pye) und SPD (Darum/ Gretesch/ Lüstringen, Schinkel-Ost).

Die FDP, die insgesamt 9,6% der Wählerstimmen erreichte, war besonders stark in den zentralen Stadtteilen Westerberg (16,2%) und Weststadt (12,2%) sowie in Sutthausen (10,7%). Vor allem in den beiden erstgenannten Stadtteilen erzielten auch Bündnis 90/ Die Grünen überproportional gute Stimmenergebnisse. Besonders schlecht war das Ergebnis für die FDP in den Stadtteilen Schinkel (6,9%) und Widukindland (7,1%), in denen die SPD überproportional gut abschnitt, sowie in Schölerberg (7,8%).

Die Linke.PDS (insgesamt 4,2%) erreichte – ebenso wie Grüne und FDP – in den zentralen Stadtteilen ihre besten Ergebnisse, vor allem in Gartlage (6,5%), Hafen (5,9%), Innenstadt, Fledder und Schölerberg (je 5,3%). Die schlechtesten Ergebnisse für die Partei ergaben sich in den Vororten Nahne (2,1%), Sutthausen und Pye (je 2,9), in denen sich eine vergleichsweise starke Präferenz der CDU feststellen läßt.

TABELLE 8: ZWEITSTIMMENERGEBNISSE FÜR DIE PARTEIEN NACH STADTTEILEN UND STÄDTISCHEN ZONEN (IN %)

Zentrale Bezirke (Zone 1)	SPD	CDU	Grüne	FDP	Linke	Sonstige	N=	Wahlbeteiligung
01 Innenstadt	38.4	28.1	16.1	10.4	5.3	1.7	100	55.2
02 Weststadt	35.8	29.7	16.8	12.2	4.2	1.3	100	65.7
03 Westerberg	30.3	33.4	15.8	16.2	3.4	0.9	100	61.3
05 Hafen	45.6	24.0	11.3	10.1	5.9	3.0	99.9	56.6
06 Sonnenhügel	41.4	30.5	13.6	8.6	4.2	1.6	99.9	62.1
09 Gartlage	39.7	25.9	17.9	8.8	6.5	1.2	100	58.3
10 Schinkel	48.2	28.2	9.1	6.9	5.0	2.6	100	59.5

13 Fledder	42.8	32.4	7.4	9.6	5.3	2.4	99.9	60.6
14 Schölerberg	41.3	30.5	13.0	7.8	5.3	2.1	100	62.6
16 Wüste	41.0	25.5	17.8	9.9	4.4	1.4	100	63.4
N Zone 1=	40.4	28.9	14.4	9.9	4.7	1.8	100	61.2
Städtische Randbe- zirke (Zone 2)	SPD	CDU	Grüne	FDP	Linke	Sonstige	N=	Wahl- beteiligung
04 Eversburg	43.9	29.9	10.0	9.8	4,0	2.4	100	63.6
07 Haste	35.3	40.9	9.2	10	3.2	1.5	100	65.3
08 Dodesheide	42.0	33.8	9.5	8.8	4.3	1.6	100	67.3
11 Widukindland	49.4	29.0	9.3	7.1	3.8	1.4	100	68.5
12 Schinkel-Ost	46.1	30.7	7.1	9.6	4.2	2.2	99.9	69.7
15 Kalkhügel	43.9	28.6	12.5	8.2	4.9	1.9	100	65.6
N Zone 2=	42.9	32.5	9.8	9.0	4.1	1.8	100	66.3
Vorstadtgemeinden (Zone 3)	SPD	CDU	Grüne	FDP	Linke	Sonstige	N=	Wahl- beteiligung
17 Sutthausen	40.0	35.7	9.5	10.7	2.9	1.3	100	72.2
18 Hellern	42.8	31.3	10.8	10.4	3.6	1.0	99.9	69.6
19 Atter	46.1	30.5	7.8	9.0	4.1	2.5	100	67.1
20 Pye	38.4	42.3	6.5	8.6	2.9	1.3	100	74.5
21 Darum/ Gretesch/ Lüstringen	46.9	30.8	7.0	10.2	3.0	2.1	100	70.1
22 Voxtrup	41.0	37.1	7.3	8.8	3.9	1.9	100	70.0
23 Nahne	33.6	44.7	9.7	8.8	2.1	1.1	100	70.1
N Zone 3=	42.3	34.7	8.4	9.7	3.3	1.6	100	70.3
N Osnabrück ge- samt=	41.4	31.2	11.8	9.6	4.2	1.7	99.9	64.5

Quelle: Statistische Informationen 2/ 2005: 18ff.

Anm. Prozentzahlen: Eigene Berechnung; ohne Briefwähler; Wahlbeteiligung inkl. ungültiger Stimmen ohne Briefwähler.

Folgende Tendenzen des Wahlverhaltens lassen sich somit erkennen: Dort, wo die SPD ihre höchsten Stimmenanteile erringen kann, sind die Anteile für CDU, FDP und Grüne unterdurchschnittlich bei einer vergleichsweise hohen Wahlbeteiligung. Die Wählerschaft der SPD ist tendenziell mittleren Alters oder älter und verheiratet, wobei die Hochburgen der Partei – Widukindland (Zone 2), Schinkel (Zone 1) und Darum/ Gretesch/ Lüstringen (Zone 3) – sich über das gesamte geographische Stadtgebiet verteilen. Im Durchschnitt liegt die Zustimmungsrate für die Partei allerdings in den städtischen Randgebieten (Zone 2) am höchsten.

In den Stadtteilen, in denen die CDU stark ist, schneiden SPD, Grüne und Linke unterdurchschnittlich ab. Ebenso wie die Wähler der SPD sind die Unionswähler eher

mittleren Alters oder älter und verheiratet. Die Hochburgen der CDU, in denen die Wahlbeteiligung ebenfalls überdurchschnittlich hoch ist, liegen allesamt in den Vororten (Zone 3), insbesondere in den Gemeinden mit einem hohen Anteil an Katholiken.

Die kleineren Parteien (Bündnis 90/ Die Grünen, FDP und Die Linke.PDS) haben ihre Hochburgen in den zentralen Bezirken (Zone 1), in denen das Ergebnis für alle kleineren Parteien vergleichsweise hoch ausfiel, und die Stimmenanteile für die großen Volksparteien SPD (mit einigen Ausnahmen) und CDU unterdurchschnittlich waren. Die Wahlbeteiligung lag relativ niedrig in diesen Stadtbezirken, deren Wähler eher jünger und ledig sind, und in denen der Bevölkerungsaustausch vergleichsweise hoch ist

Somit zeigt sich vor allem in den zentralen Stadtvierteln mit einem hohen Anteil an ledigen Jungwählern eine nachlassende Bindungskraft an die großen Volksparteien. Das Leben in den urbanen Zentren, die gekennzeichnet sind durch einen hohen Grad des Bevölkerungsaustausches und eine hohe Bevölkerungsdichte, bedingt Formen des sozialen Miteinanders, die sich grundlegend unterscheiden von den durch die großen Volksparteien vertretenden Sozialmilieus. Zudem führen Wertewandeltendenzen, die sich vor allem unter den Jüngeren zeigen, zu neuen, von den traditionellen Volksparteien nicht berücksichtigten Problemsichten. Dies begünstigt die Präferenz für kleinere Parteien, insbesondere für die Grünen, da sich Jungwähler mit postmaterialistischen Einstellungen von den existierenden Parteien nicht mehr angesprochen fühlen. Damit einher geht ein graduelles Absinken von Parteiloyalitäten (*dealignment*), das sich in einer geringen Wahlbeteiligung manifestiert.

In den städtischen Randgebieten und Vorortgemeinden, in denen die Wahlberechtigten eher verheiratet und mittleren Alters sind, neigen die Wähler in weitaus höherem Maße dazu, sich entlang der traditionellen Konfliktlinien „Schichtzugehörigkeit“ und „Konfession“ zu polarisieren, als die Wähler in den zentralen Stadtteilen dies tun. Hier wirken offensichtlich die traditionellen Milieus noch verhaltensprägend und begünstigen eine Präferenz für die großen Volksparteien, wie die hohen Stimmenanteile für die SPD in den traditionellen Arbeiterbezirken sowie für die Union in den katholischen Vorortgemeinden verdeutlichen.

3.4.2 *Taktisches Wahlverhalten und politische Lager*

Ein politisches Lager ist Wandruszka (1977) zufolge ein Gebilde, das nicht nur verschiedene Parteien, sondern auch verschiedene soziale Milieus umfassen kann. Lagergrenzen sind zumeist schwer passierbar, wobei es ein Kennzeichen ist, daß der Wahlentscheid der Wähler für die Parteien innerhalb eines Lagers stark fluktuiert, zwischen den Lagern jedoch eher gering ist.

Obgleich die „Lagerthese“ davon ausgeht, daß politische Lager relativ stabil sind, ist zu berücksichtigen, daß Kooperationen der Eliten, wie Koalitionen zwischen bestimmten Parteien, zum Aufbrechen politischer Lager führen können (Lehmbruch 1992); umgekehrt können langfristige politische Koalitionen und eindeutige Koalitionsaussagen vor bestimmten Wahlen eine Lagerbildung begünstigen.

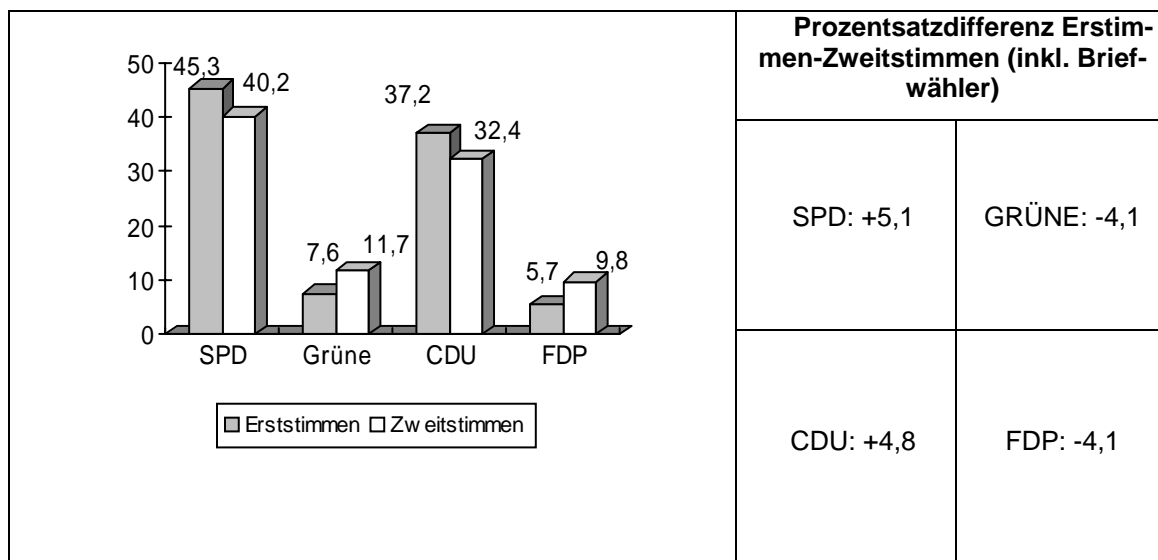
Ein Indikator für eine Lagerbildung ist in Deutschland der Grad des Stimmensplitting: so hatten beispielsweise bei der Bundestagswahl 2002 vor allem die SPD-Anhänger in den urbanen Dienstleistungszentren mit ihrer Zweitstimme für die Grünen gestimmt. Im Unterschied hierzu waren die „Leihstimmen“ der CDU-Anhänger für die FDP im Vergleich zur vorherigen Wahl stark zurückgegangen, was ursächlich darauf zurückgeführt werden kann, daß die FDP keine eindeutige Koalitionsaussage zugunsten der Unionsparteien abgegeben hatte (Ellermann 2005: 119f.).

Wie aus der Übersicht in Schaubild 3 hervorgeht, lag der Erststimmenanteil für die großen Parteien SPD und CDU mit +5,1 bzw. +4,8 deutlich über dem Zweitstimmenanteil der Parteien. Hingegen lag der Erststimmenanteil für die Grünen bzw. die FDP ebenso deutlich unter ihrem Zweitstimmenanteil. Hier verhielten sich die Wähler offenbar taktisch: angesichts der eindeutigen Koalitionsaussagen von Grünen und FDP kann davon ausgegangen werden, daß die Grünen-Wähler, ebenso wie die Wähler der FDP, mit ihrer Erststimme für den aussichtsreicheren Kandidaten der großen Parteien des jeweiligen Lagers votierten.

Betrachtet man die Ergebnisse für die einzelnen Lager, so lag die Zustimmung für rot/ grün in den zentralen Stadtteilen am höchsten, die angestrebte Koalition von FDP und Union hingegen schnitt in den Vorstadtgemeinden am besten ab. Allerdings hätte auch hier eine Koalition von SPD und Bündnis 90/ Die Grünen mit knapp 51% eine absolute Mehrheit der Stimmen erreicht. Bezieht man die neugegründete Partei Die Linke.PDS in die Betrachtung mit ein (ungeachtet der Tatsache, daß sie zu keiner Koalition bereit

stand), so lag die Zustimmung für rot-grün-rot ebenfalls in den innerstädtischen Bezirken (Zone 1) am höchsten und in den Vorortgemeinden (Zone 3) am niedrigsten.

SCHAUBILD 3: TAKTISCHES WAHLVERHALTEN IN OSNABRÜCK 2005



Quelle: Eigene Zusammenstellung.

Insgesamt fällt die maximale Prozentsatzdifferenz zwischen dem Gesamtergebnis von Rot-Grün im Bund und in Osnabrück-Stadt jedoch erheblich höher aus als zwischen den einzelnen städtischen Zonen (vgl. Tab. 9).

TABELLE 9: ERGEBNISSE FÜR DIE POLITISCHEN LAGER IN OSNABRÜCK UND IM BUND (IN %)

Wahlergebnis der Stadt Osnabrück nach Zonen	Rot/ Grün	Schwarz/ Gelb	Rot/ Grün/ Rot
Zentrale Bezirke (Zone 1)	54,8*	38,8*	59,5*
Städtische Randbezirke (Zone 2)	52,7*	41,5*	56,8*
Vorstadtgemeinden (Zone 3)	50,7*	44,4*	54,0*
Proz.diff. niedrigster-höchster Wert	4,1	5,6	5,5

Deutschland Gesamt (A)	42,4	45,0	51,1
Osnabrück Gesamt (B)	51,9	42,2	56,1
Proz.diff. (A-B)	-9,5	2,8	-5,0

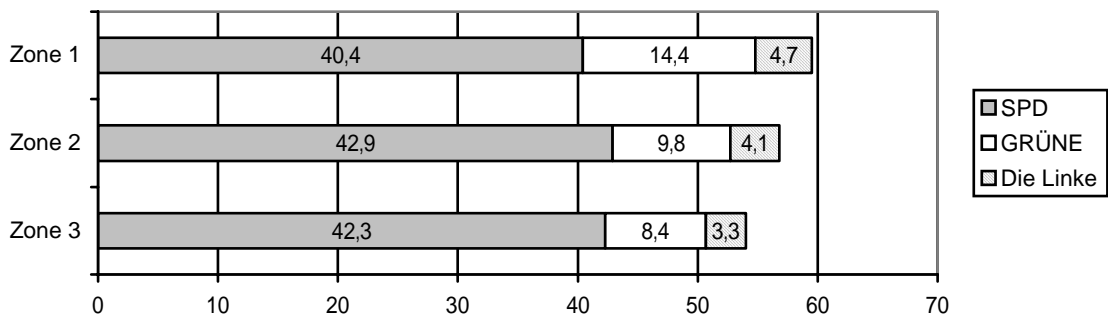
Quelle: Eigene Zusammenstellung.

Anm.: * Zweitstimmen; Ergebnis ohne Briefwähler.

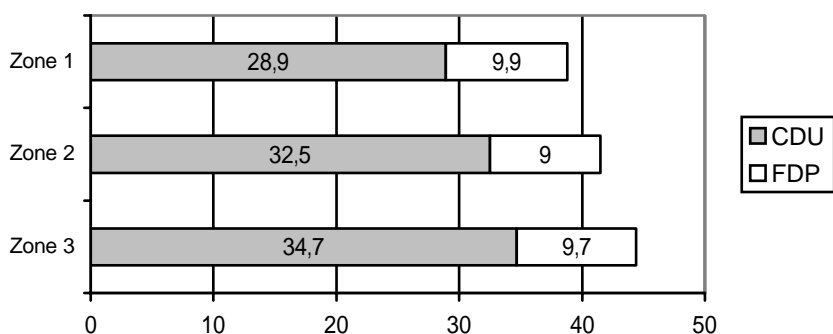
Auch die Zusammensetzung der Lager weist zonenspezifische Unterschiede auf. Vor allem im Hinblick auf das rot-grün-rote „Lager“ besteht unter den Wählern in der innerstädtischen Zone eine Tendenz zu den kleineren Parteien, die nach außen hin abnimmt (vgl. Schaubild 4).

SCHAUBILD 4: DIE ZUSAMMENSETZUNG DER POLITISCHEN LAGER NACH STÄDTISCHEN ZONEN

A rot-grün-rotes Lager



B schwarz-gelbes Lager



Quelle: Eigene Zusammenstellung.

3.4.3 Die Briefwähler

Seit 1956 ist in Deutschland eine postalische Abgabe der Stimme für Personen möglich, die am Wahltag verhindert sind. Das Verfahren wurde anlässlich der Bundestagswahlen 1957 zu ersten Mal angewandt und wird seither von einer steigenden Zahl an Wählern genutzt. So betrug der Anteil an Briefwählern 1957 knapp 5% und stieg – von einigen Schwankungen abgesehen – bis auf gut 18% im Jahre 2002 an (Statistisches Bundesamt nach Ellermann 2005: 130). Im Vergleich hierzu liegt der Anteil der Briefwähler unter den Wahlberechtigten in Osnabrück mit 14,5% im Jahre 2002 und 13,6% bei den Wahlen 2005 deutlich unter dem bundesweiten Schnitt (vgl. Tab. 10).

TABELLE 10: ANTEIL DER BRIEF- UND URNENWÄHLER AN DEN WAHLBERECHTIGTEN 2005 UND 2002 IN DER STADT OSNABRÜCK BEI BUNDESTAGSWAHLEN

	2005	in %	2002	in %
Briefwähler	16131	13.6	17159	14.5
Urnenwähler	76325	64.5	77135	65.0
<i>N Wähler gesamt=</i>	<i>92456</i>	<i>78.1</i>	<i>94294</i>	<i>79.5</i>
<i>Nichtwähler</i>	<i>25957</i>	<i>21.9</i>	<i>24322</i>	<i>20.5</i>
Wahlberechtigte	118413	100	118616	100

Quelle: Statistische Informationen 2/ 2005: 9.

Anm.: Abgegebene Zweitstimmen, inkl. ungültiger Stimmen. Prozentzahlen: Eigene Berechnung

Ein Vergleich der Wahlergebnisse zwischen Brief- und Urnenwählern zeigt seit der Einführung der Briefwahl, daß die SPD unter den Briefwählern deutlich weniger Stimmen erreicht als unter den Urnenwählern (1957-2002 durchschnittlich -6,4%). Alle anderen Parteien (außer PDS) schnitten unter den Briefwählern besser ab als unter den Urnenwählern, vor allem die CDU (+ 3%) (Ellermann 2005: 156).

In Osnabrück bestätigt sich diese Tendenz, da die SPD hier unter den Briefwählern lediglich 34,5% der gültigen Zweitstimmen erreichte, ein Minus von knapp 7% gegenüber den Urnenwählern. Die CDU hingegen schnitt mit 38,2% der Zweitstimmen deutlich besser ab als unter den Urnenwählern (+7%). Auch für die FDP lag das Ergebnis

unter den Briefwählern um knapp einen Prozentpunkt über dem der Urnenwähler (vgl. Tab. 11).

Das schlechte Abschneiden der SPD bei der Briefwahl liegt insbesondere darin begründet, daß diese vor allem von jenen sozialen Schichten genutzt wird, die traditionell eine Präferenz für die Konservativen aufweisen, während nur ein sehr geringer Anteil der traditionellen Unterstützer der SPD per Briefwahl abstimmt. So gab bei der Bundestagswahl 2002 fast jeder dritte Beamte seine Stimme postalisch ab, während nur jeder 27. Arbeiter dieses Verfahren nutzte (Ellermann: 2005: 132). Diese Tatsache ist darauf zurückzuführen, daß die Briefwahl nicht vorrangig – wie vom Gesetzgeber vorgesehen – von Älteren oder Kranken genutzt wird, sondern von Personen, die aus Gründen der Freizeitgestaltung den Gang ins Wahllokal meiden. So dominierten unter den Motiven für die Briefwahl die Angaben „Urlaub“ (50%) und Bequemlichkeit (10%), während lediglich 10 % körperliche Gebrechen oder Krankheit angaben (Ellermann 2005: 138).

TABELLE 11: WAHLERGEBNIS IN DER STADT OSNABRÜCK NACH WAHLVERFAHREN (2005 IN %)

Partei	Briefwähler (A)	Urnenwähler (B)	Proz.diff A-B
SPD	34.5	41.4	-6.9
CDU	38.2	31.2	7.0
Grüne	11.4	11.8	-0.5
FDP	10.5	9.6	0.9
Die Linke.PDS	3.9	4.2	-0.3
Sonstige	1.4	1.7	-0.3

Quelle: Eigene Berechnung nach: Statistische Informationen 2/ 2005: 9.

Anm: Gültige Zweitstimmen

Den höchsten Prozentsatz an Briefwählern in Osnabrück weist der Briefwahlbezirk⁷ 6 (Stadtteile Westerberg und Weststadt) mit 14,3% auf (vgl. Tab. 12). Einerseits kann davon ausgegangen werden, daß diese Stadtteile einen hohen Anteil an Mittel-

⁷ Die Briefwahlbezirke liegen leider nicht aufgesplittet vor, so daß sich die Analyse zwangsläufig auf die Briefwahlbezirke beschränken muß, die – ebenso wie die Kommunalwahlbezirke – nicht identisch sind mit den Stadtteilen, sondern i. d. R. mehrere Stadtteile umfassen.

schichtangehörigen aufweisen, zum anderen ist hier der Anteil an Älteren aufgrund der zahlreichen Seniorenwohnheime hoch (s. o). Der niedrigste Prozentsatz an Briefwählern findet sich mit 7,1% im Briefwahlbezirk 1, der u. a. den traditionellen Arbeiterbezirk Schinkel umfaßt.

TABELLE 12: ANTEILE DER BRIEFWÄHLER NACH BRIEFWAHLBEZIRKEN

Bezirk	Stadtteile	Gültig	Ungültig	N=	Briefwähler in %
1	Sonnenhügel, Gartlage, Schinkel	1137	6	1143	7.1
190		1137	6	1143	
2	Darum/ Gretesch/ Lüstringen, Schinkel-Ost, Widukindland	1803	7	1810	11.2
290		887	6	893	
291		916	1	917	
3	Voxtrup, Schölerberg, Fledder	1850	6	1856	11.5
390		933	5	938	
391		917	1	918	
4	Kalkhügel, Sutthausen, Schölerberg, Nahne	1585	10	1595	9.9
490		721	4	725	
491		864	6	870	
5	Hellern, Wüste	2101	6	2107	13.1
590		1076	3	1079	
591		1025	3	1028	
6	Westerberg, Weststadt	2304	6	2310	14.3
690		1191	4	1195	
691		1113	2	1115	
7	Atter, Hafen, Westerberg, Eversburg	1604	3	1607	10.0
790		870	2	872	
791		734	1	735	
8	Pye, Sonnenhügel, Dodesheide, Haste	1760	11	1771	11.0
890		920	5	925	
891		840	6	846	
9	Wüste, Innenstadt, Gartlage, Sonnenhügel	1923	9	1932	12.0
990		1012	6	1018	
991		911	3	914	
N=	Insgesamt	16067	64	16131	100

Quelle: *Amtliches Endergebnis der Bundestagswahl in Osnabrück 2005*: 150-166.

Anm.: Prozentzahlen: Eigene Berechnung.

4. Konklusion: Wahlergebnis, Sozialstruktur und Stadtgeographie in Osnabrück

Die vorliegende Analyse der Bundestagswahl 2005 in Osnabrück sollte klären, inwieweit sich Unterschiede zum gesamtdeutschen Ergebnis zeigen, das Wahlverhalten innerhalb der Stadt signifikante Unterschiede aufweist und ob eine Korrelation besteht zwischen dem Abstimmungsverhalten, der Sozialstruktur und stadtgeographischen Gegebenheiten.

Auffallend am Wahlergebnis in Osnabrück ist zunächst der im Vergleich zum Bundesdurchschnitt hohe Stimmenanteil der SPD. Dies kann als Ausdruck des für die großen Volksparteien typischen Nord-Süd-Schemas des Wahlverhaltens interpretiert werden, da die Hochburgen der SPD traditionell in den protestantisch geprägten Städten Norddeutschlands liegen, die Hochburgen der CDU hingegen in den ländlichen, überwiegend katholischen Gebieten Süddeutschlands. Unabhängig von dem allgemein zu konstatierenden Bedeutungsverlust von Religion im Alltagsleben des Einzelnen deutet dieses Ergebnis auf eine Persistenz der religiösen Konfliktlinie hin. Offensichtlich bestehen ursprünglich konfessionell bedingte Bindungen als regionale Parteiloyalitäten fort, die sich als prägend für den Wahlentscheid erweisen.

Das überdurchschnittlich gute Abschneiden von Bündnis 90/ Die Grünen in Osnabrück kann nicht überraschen vor dem Hintergrund, daß städtische Dienstleistungszentren und vor allem Universitätsstädte seit dem Bestehen der Partei Hochburgen der Grünen bilden. Die Partei findet unter Jungwählern noch immer deutlich größeren Rückhalt als unter älteren Wählern, auch wenn Tendenzen zum „Ergrauen“ der Wählerschaft feststellbar sind.

Im Gegensatz zu den genannten Parteien weicht das Ergebnis der FDP nur unwesentlich von ihrem Bundesergebnis ab. Die Partei Die Linke.PDS konnte geringfügig mehr Stimmen verbuchen als im Durchschnitt der alten Bundesländer. Die Briefwähler weisen im Unterschied zu den Urnenwählern eine deutlich höhere Präferenz der CDU auf und zeigen damit ein ähnliches Wahlverhalten wie auf Bundesebene.

Über diese allgemeinen Tendenzen hinaus lassen sich Spezifika des Wahlverhaltens erkennen, die mit stadtgeographischen und sozialstrukturellen Gegebenheiten korrelieren:

- (1) In den dichtbesiedelten, im Hinblick auf den Bevölkerungsaustausch hochgradig fluktuativen zentralen Stadtteilen mit einer überwiegend jungen,

ledigen Wählerschaft besteht eine Neigung zur Bevorzugung einer der kleineren Parteien, insbesondere der Grünen, sowie zum Wahlverzicht.

- (2) Die SPD erzielte überdurchschnittlich hohe Stimmenergebnisse in Stadtteilen mit einer großen Gruppe an verheirateten Wählern mittleren Alters oder älter. Die Hochburgen der Partei finden sich in allen städtischen Zonen, vor allem aber in den städtischen Randbezirken.
- (3) Die CDU erreichte ihre besten Ergebnisse in den ehemals agrarisch geprägten und selbständigen, überwiegend katholischen Vorortgemeinden mit einer geringen Bevölkerungsdichte, einem geringen Bevölkerungsaustausch und einer mehrheitlich verheirateten Wählerschaft mittleren Alters.

In den städtischen Randgebieten und den Vorortgemeinden läßt sich somit ein milieuspezifisches Wahlverhalten diagnostizieren, wobei eine Weitergeltung der traditionellen Loyalitäten zu den großen Volksparteien konstatiert werden kann.

Die am Ausländeranteil und an der Altersstruktur erkennbare Heterogenität der innerstädtischen Stadtteile resultiert maßgeblich aus der Tatsache, daß die zentrale Zone ein Subsystem von in ihrer Funktion unterschiedlich definierten, jedoch unmittelbar benachbarten und somit in einem ständigen Austausch stehenden Vierteln bildet. Auch die zentrale Zone 1 weist allerdings ein spezifisches Milieu auf, das charakterisiert wird durch eine überwiegend junge und ledige Wählerschaft, einen hohen Grad an Fluktuation und eine hohe Bevölkerungsdichte, soziale Distanz und Anonymität. Mit diesen Merkmalen korreliert eine niedrige Bindung zu Parteien und damit hohe Volatilität des Wahlverhaltens sowie eine niedrige Wahlbeteiligung. Es kann daher unterscheiden zwischen:

- den stabilen, schwach fluktuativen sozialen Milieus der städtischen Randgebiete und Vorortgemeinden. Von diesen stabilen Milieustrukturen geht ein prägender sozialer Einfluß aus, der dauerhafte Bindungen an die Parteien der „alten“ materiellen Politik und ein konstantes Wahlverhalten begünstigt;
- den ausgeprägt fluktuativen Milieus der zentralen Bezirke, deren Wähler widerstreitenden Einflußkreisen ausgesetzt sind, womit eine Bevorzugung kleinerer Parteien, vor allem der Grünen als Partei der

„neuen“ postmaterialistischen Politik, sowie eine Tendenz zur Wahlenthaltung einhergeht.

Somit lassen sich soziokulturelle Milieus innerhalb geographischer Zonen nachweisen, mittels derer interne Varianzen des Wahlverhalten in Osnabrück maßgeblich erklärt werden können. Auch die Wähler der fluktuativen Milieus der zentralen Bezirke sind hierbei prägenden Einflüssen ausgesetzt, die ein spezifisches Wahlverhalten begünstigen. Für die Analyse der internen Variationen des Wählerverhaltens auf der Ebene der Stadt erweist sich daher ein Ansatz als fruchtbar, der sowohl stadtgeographische als auch sozialstrukturelle Merkmale integriert.

Statistischer Anhang

TABELLE A1: ZUORDNUNG DER WAHLBEZIRKE UND WAHLSTATISTISCHE MERKMALE

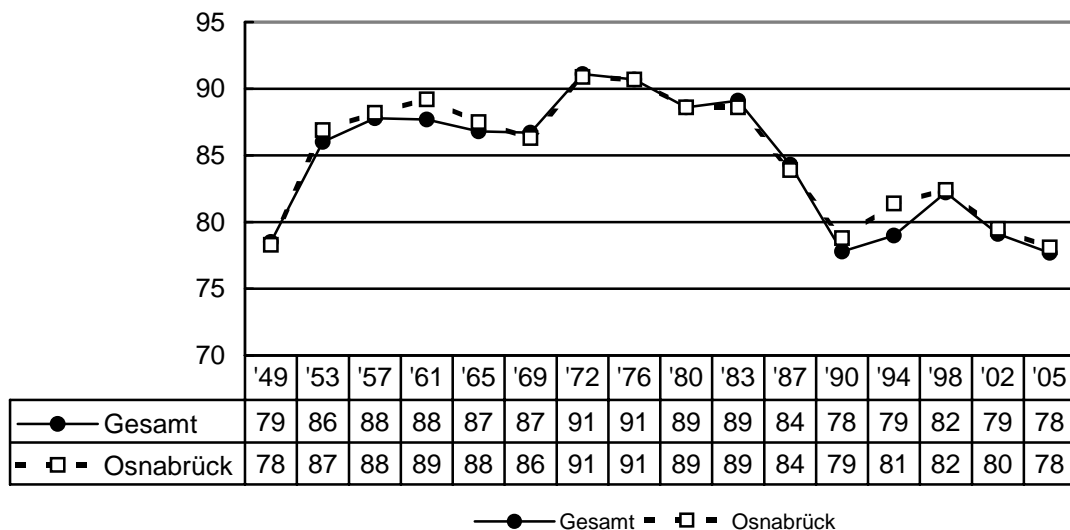
	Wahlberechtigte	Wähler	Wahlbeteiligung in %	Wahlberechtig- te in %	Einwohner* in %
01 Innenstadt (Wahlbezirke 902-904, 906, 908, 911-913)					
N=	6506	3589	55.2	5.5	5.5
02 Weststadt (Wahlbezirke 607-613)					
N=	5970	3922	65.7	5.0	5.6
03 Westerberg (Wahlbezirke 601-606, 705-706)					
N=	6523	4000	61.3	5.5	5.6
04 Eversburg (Wahlbezirke 708-711, 713-714)					
N=	5438	3456	63.6	4.6	5.0
05 Hafen (Wahlbezirke 704, 707, 712)					
N=	2389	1352	56.6	2.0	1.6
06 Sonnenhügel (Wahlbezirke 101-102, 803-806, 915-918)					
N=	7497	4655	62.1	6.3	5.4
07 Haste (Wahlbezirke 814-820)					
N=	5033	3288	65.3	4.3	4.3
08 Dodesheide (Wahlbezirke 807-813)					
N=	5289	3560	67.3	4.5	4.8
09 Gartlage (Wahlbezirke 103-104, 914)					
N=	2386	1392	58.3	2.0	2.4
10 Schinkel (Wahlbezirke 105-116)					
N=	9168	5458	59.5	7.7	8.5
11 Widukindland (Wahlbezirke 213-216)					
N=	3347	2293	68.5	2.8	3.0
12 Schinkel-Ost (Wahlbezirke 208, 210-212)					
N=	2753	1918	69.7	2.3	2.2
13 Fledder (Wahlbezirke 316-317)					
N=	1596	967	60.6	1.3	1.6
14 Schölerberg (Wahlbezirke 307-315, 412-415)					
N=	10190	6377	62.6	8.6	9.1
15 Kalkhügel (Wahlbezirke 401-402, 409-411, 416)					
N=	4749	3116	65.6	4.0	3.7
16 Wüste (Wahlbezirke 509-518, 901, 905, 907, 909-910)					
N=	12299	7800	63.4	10.4	9.2
17 Sutthausen (Wahlbezirke 403-406)					
N=	3672	2653	72.2	3.1	3.0

18 Hellern (Wahlbezirke 501-508)					
N=	5464	3804	69.6	4.6	4.4
19 Atter (Wahlbezirke 701-703)					
N=	3092	2076	67.1	2.6	2.6
20 Pye (Wahlbezirke 801-802, 821)					
N=	2352	1753	74.5	2.0	2.1
21 Darum/ Gretesch/ Lüstringen (Wahlbezirke 201-207, 209)					
N=	5704	3996	70.1	4.8	4.8
22 Voxtrup (Wahlbezirke 301-306)					
N=	5274	3693	70.0	4.5	4.4
23 Nahne (Wahlbezirke 407-408)					
N=	1722	1207	70.1	1.5	1.4
N Osnabrück gesamt=	118413	76325	64.5	100.0	100.0
Briefwähler		16131			
Wähler Gesamt		92456	78.1		

Quelle: Eigene Zuordnung und Berechnung nach *Statistische Informationen 1/ 05* und *Statistische Informationen 2/ 05*.

Anm.: Wahlbeteiligung: Zweitstimmenergebnis ohne Briefwähler, inkl. ungültiger Stimmen; Ausnahme: Gesamtergebnis.
Einwohner*: Prozentualer Anteil der Stadtteilbewohner an der Gesamtbevölkerung; Stand: 31.12.2004.

SCHAUBILD A1: WAHLBETEILIGUNG BEI BUNDESTAGSWAHLEN 1949-2005 IN OSNABRÜCK UND DEUTSCHLAND GESAMT IM VERGLEICH (IN %)



Quelle: Gesamt: Deutschland in Zahlen 2004: 110; Osnabrück: Statistische Informationen 2/ 2005: 7

SCHAUBILD A2: BUNDESTAGSWAHLERGEBNISSE FÜR DIE CDU/ CSU BUNDESWEIT UND IN DER STADT OSNABRÜCK SEIT 1949

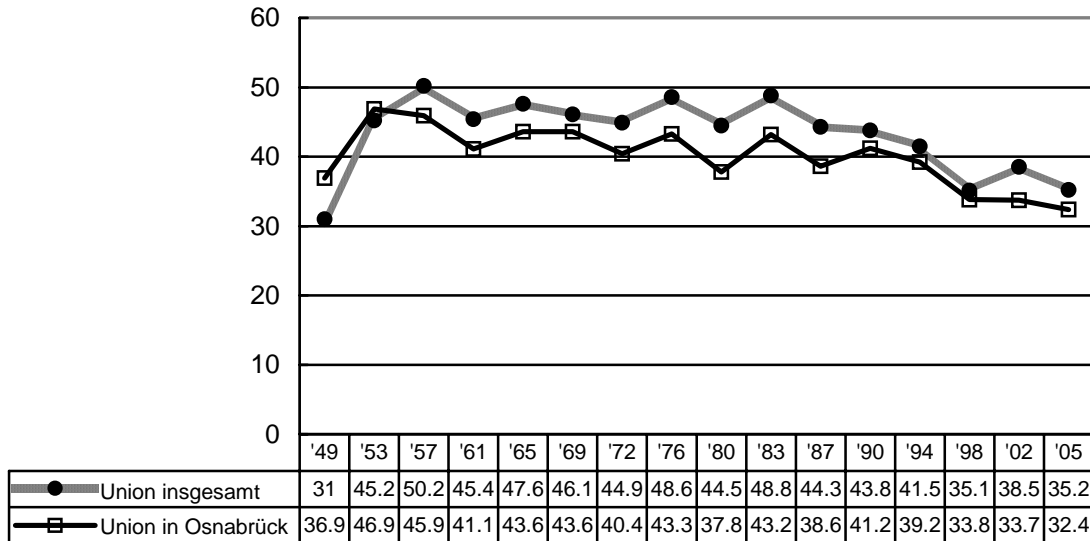
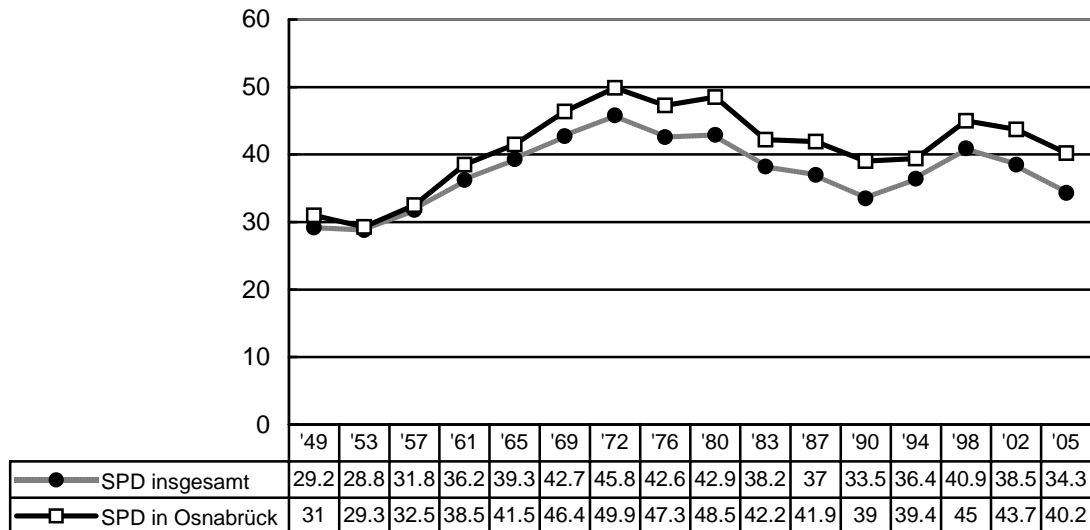


SCHAUBILD A3: BUNDESTAGSWAHLERGEBNISSE FÜR DIE SPD BUNDESWEIT UND IN DER STADT OSNABRÜCK SEIT 1949



Quelle: Gesamt: *Deutschland in Zahlen 2004*: 110 und *Der Bundeswahlleiter 2005*; Osnabrück: *Statistische Informationen 2/2005*: 7.

SCHAUBILD A4: BUNDESTAGSWAHLERGEBNISSE FÜR DIE GRÜNEN BUNDESWEIT UND IN DER STADT OSNABRÜCK SEIT 1980

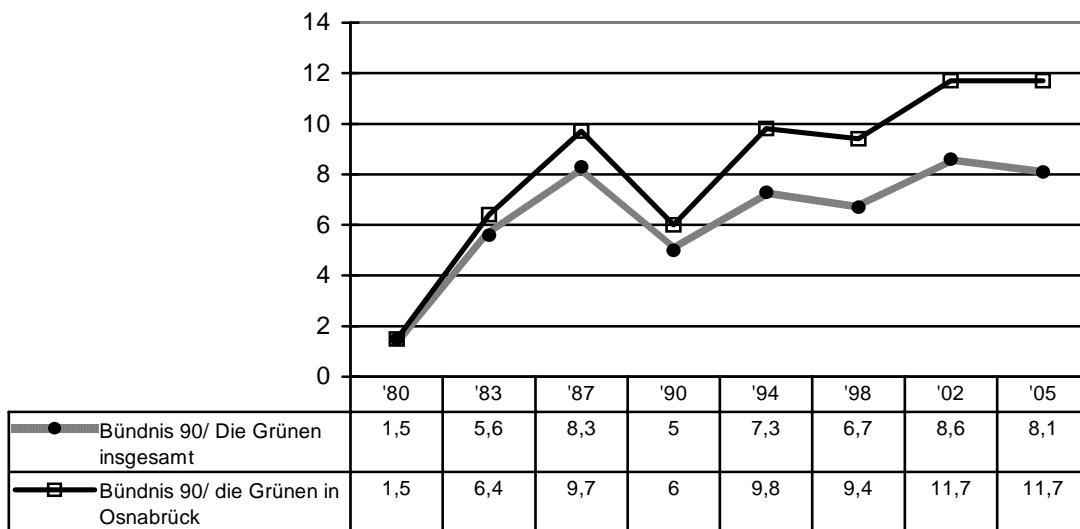
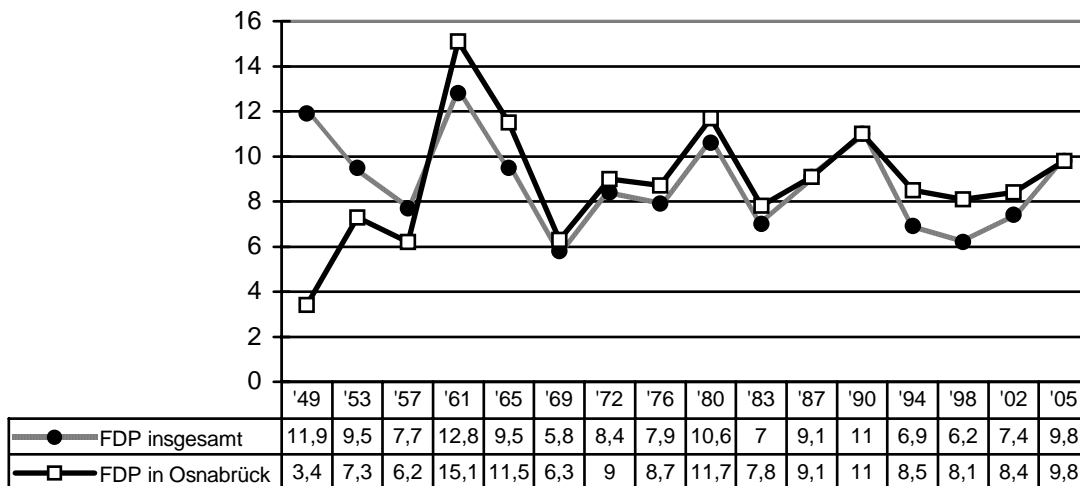


SCHAUBILD A5: BUNDESTAGSWAHLERGEBNISSE FÜR DIE FDP BUNDESWEIT UND IN DER STADT OSNABRÜCK SEIT 1949



Quelle: Gesamt: Deutschland in Zahlen 2004: 110 und Der Bundeswahlleiter 2005; Osnabrück: *Statistische Informationen* 2/2005: 7.

TABELLE A2: ERGEBNIS DER BRIEFWAHL IN OSNABRÜCK NACH WAHLBEZIRK UND PARTEI

Be- zirk	SPD	in %	CDU	in %	Grüne	in %	FDP	in %	Linke	in %	An- dere	in %	Gül- tig	Un- gül- tig	N=
1	471	41.4	329	28.9	161	14.2	86	7.6	65	5.7	25	2.2	1137	6	1143
190	471	41.4	329	28.9	161	14.2	86	7.6	65	5.7	25	2.2	1137	6	1143
2	688	38.2	697	38.7	156	8.7	162	9.0	81	4.5	19	1.1	1803	7	1810
290	327	36.9	334	37.7	74	8.3	90	10.1	53	6.0	9	1.01	887	6	893
291	361	39.4	363	39.6	82	9.0	72	7.9	28	3.1	10	1.1	916	1	917
3	692	37.4	730	39.5	181	9.8	158	8.5	66	3.6	23	1.2	1850	6	1856
390	342	36.7	386	41.4	87	9.3	77	8.3	29	3.1	12	1.3	933	5	938
391	350	38.2	344	37.5	94	10.3	81	8.8	37	4.0	11	1.2	917	1	918
4	570	36.0	682	43.0	154	9.7	95	6.0	58	3.7	26	1.64	1585	10	1595
490	214	29.7	394	54.6	57	7.9	32	4.4	14	1.9	10	1.4	721	4	725
491	356	41.2	288	33.3	97	11.2	63	7.3	44	5.1	16	1.9	864	6	870
5	746	35.5	731	34.8	272	12.9	242	11.5	79	3.8	31	1.5	2101	6	2107
590	374	34.8	384	35.7	129	12.0	138	12.8	34	3.2	17	1.6	1076	3	1079
591	372	36.3	347	33.9	143	14.0	104	10.1	45	4.4	14	1.4	1025	3	1028
6	573	24.9	950	41.2	297	12.9	388	16.8	75	3.3	21	0.9	2304	6	2310
690	238	20.0	523	43.9	134	11.3	251	21.1	33	2.8	12	1.0	1191	4	1195
691	335	30.1	427	38.4	163	14.6	137	12.3	42	3.8	9	0.8	1113	2	1115
7	587	36.6	572	35.7	151	9.4	196	12.2	70	4.4	28	1.7	1604	3	1607
790	303	34.8	308	35.4	99	11.4	107	12.3	34	3.9	19	2.2	870	2	872
791	284	38.7	264	36	52	7.1	89	12.1	36	4.9	9	1.2	734	1	735
8	556	31.6	816	46.4	147	8.4	148	8.4	62	3.5	31	1.8	1760	11	1771
890	310	33.7	406	44.1	81	8.8	80	8.7	31	3.4	12	1.3	920	5	925
891	246	29.3	410	48.8	66	7.9	68	8.1	31	3.7	19	2.3	840	6	846
9	663	34.5	630	32.8	305	15.9	219	11.4	78	4.1	28	1.5	1923	9	1932
990	357	35.3	319	31.5	158	15.6	118	11.7	47	4.6	13	1.3	1012	6	1018
991	306	33.6	311	34.1	147	16.1	101	11.1	31	3.4	15	1.6	911	3	914
N=	5546	34.5	6137	38.2	1824	11.4	1694	10.5	634	3.9	232	1.4	16067	64	16131

Quelle: Amtliches Endergebnis der Bundestagswahl in Osnabrück 2005: 150-166.

Anm.: Prozentzahlen: Eigene Berechnung. Gültige Zweitstimmen.

TABELLE A3: PROZENTUALE VERÄNDERUNG IM WAHLERGEBNIS DER STADT OSNABRÜCK ZWISCHEN 2002 UND 2005

Zentrale Bezirke	SPD	CDU	GRÜNE	FDP	Linke	Sonstige	Volatility¹
01 Innenstadt	-2,5	-2,7	-0,2	1,0	5,3	-0,9	6,3
02 Weststadt	-3,1	-0,6	-1,5	2,4	4,2	-1,4	6,6
03 Westerberg	-2,0	-2,4	-0,5	2,7	3,4	-1,1	6,1
05 Hafen	-3,8	-3,7	-0,4	2,3	5,9	-0,5	8,2
06 Sonnenhügel	-5,5	-0,3	1,4	1,6	4,2	-1,5	7,2
09 Gartlage	-6,7	2,3	-1,8	2,1	6,5	-2,4	10,9
10 Schinkel	-3,5	-2,7	0,8	1,0	5,0	-0,6	6,8
13 Fledder	-3,2	-1,7	-2,2	2,6	5,3	-0,9	7,9
14 Schölerberg	-3,1	-2,8	0,6	1,0	5,3	-1,0	6,9
16 Wüste	-3,0	-0,3	-0,8	1,3	4,4	-1,6	5,7
N Zone 1=	-3,4	-1,6	-0,1	1,6	4,7	-1,4	6,2
Städtische Randbezirke	SPD	CDU	GRÜNE	FDP	Linke	Sonstige	Volatility
04 Eversburg	-2,9	-4,0	1,8	0,9	4,0	0,1	6,8
07 Haste	0,1	-7,3	0,7	3,9	3,2	-0,4	7,9
08 Dodesheide	-3,0	-3,0	0,6	1,8	4,3	-0,8	6,7
11 Widukindland	-4,1	-1,1	2,1	0,3	3,8	-1,0	6,2
12 Schinkel-Ost	-2,6	-4,4	-0,2	2,3	4,2	0,5	7,0
15 Kalkhügel	-3,3	-3,6	1,0	2,0	4,9	-0,9	7,9
N Zone 2=	-2,5	-4,0	1,1	1,9	4,1	-0,5	7,1
Vorstadtgemeinden	SPD	CDU	GRÜNE	FDP	Linke	Sonstige	Volatility
17 Sutthausen	-4,7	-1,0	0,9	2,0	2,9	0,0	5,8
18 Hellern	-2,6	-1,6	-0,2	1,4	3,6	-0,6	5
19 Atter	-3,3	-3,4	0,1	1,8	4,1	0,8	6,8
20 Pye	-0,9	-3,4	0,0	1,6	2,9	-0,3	4,5
21 Darum/ Gretesch/ Lüstringen	-3,0	-1,8	0,3	1,6	3,0	0,0	4,9
22 Voxtrup	-4,5	-2,5	1,1	1,6	3,9	0,3	6,9
23 Nahne	-1,7	-1,2	1,3	-0,4	2,1	0,0	3,4
N Zone 3=	-3,2	-2,0	0,5	1,5	3,3	-0,1	5,3
N Osnabrück gesamt	-3,2	-2,2	0,3	1,6	4,2	-0,8	6,1

Quelle: *Statistische Informationen 2/2005*: 7.

Anm.: Prozentzahlen: Eigene Berechnung; gültige Zweitstimmen, ohne Briefwähler. *Ohne PDS 2002. ¹ Volatility: Die Maßzahl *volatility* („verändertes Wahlverhalten“) gibt Aufschluß über Kontinuität und Wandel von Parteiensystemen. Gemessen wird die Summe aller Zugewinne der Parteien eines gegebenen Wahlsystems gegenüber der vorangegangenen Wahl in Prozent (=Summe aller Verluste).

Literatur

Statistiken

- Amtliches Endergebnis der Bundestagswahl in Osnabrück.* Hg.: Referat für Stadtentwicklung und Bürgerbeteiligung, Bereich Statistik der Stadt Osnabrück.
- Der Bundeswahlleiter, Hg. (2005): *Vorläufiges amtliches Endergebnis der Bundestagswahl vom 19. September 2005.* www.bundeswahlleiter.de (Aufruf am 25.9.2005)
- Deutschland in Zahlen 2004.* Hg.: Institut der deutschen Wirtschaft Köln.
- Statistische Informationen 1/ 2005.* Hg.: Referat für Stadtentwicklung und Bürgerbeteiligung, Bereich Statistik der Stadt Osnabrück.
- Statistische Informationen 2/ 2005.* Hg.: Referat für Stadtentwicklung und Bürgerbeteiligung, Bereich Statistik der Stadt Osnabrück.
- Straßenverzeichnis der Stadtteile und statistischen Bezirke.* Hg.: Referat für Stadtentwicklung und Bürgerbeteiligung, Bereich Statistik der Stadt Osnabrück.

Monographien und Aufsätze

- Bahrtdt, Hans Paul (1961): *Die moderne Großstadt: Soziologische Überlegungen zum Städtebau.* München: Nymphenburger Verlagshandlung.
- Beyme, Klaus von (2004): *Das Politische System der Bundesrepublik Deutschland.* Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Ellermann, Silvia (2005): *Wählen in Abwesenheit: Eine empirisch-komparative Analyse der Abwesenheitswahl unter Berücksichtigung der Implikationen zwischen Wahlverfahren und Wählerverhalten sowie der Sicherheit von Wahlen.* Osnabrück: unveröffentlichte Dissertation (Fachbereich Sozialwissenschaften).
- Evers, Adalbert (1975): „Agglomerationsprozeß und Staatsfunktionen“. In: *Lokale Politikforschung Bd. 1.* Hg.: Rolf-Richard Grauhan. Frankfurt/ Main: Campus: S. 41-100.
- Flora, Peter (2000): „Einführung und Interpretation“. In: *Staat, Nation und Demokratie in Europa.* Die Theorie Stein Rokkans aus seinen gesammelten Werken rekonstruiert und eingeleitet von Peter Flora. Frankfurt/ Main: Suhrkamp: S. 17-119.
- Gluchowski, Peter (1991): „Lebensstile und Wählerverhalten“. In: *Wählerverhalten im Wandel: Bestimmungsgründe und politisch-kulturelle Trends am Beispiel der*

- Bundestagswahl 1987*. Hg.: Hans-Joachim Veen und Elisabeth Noelle-Neumann. Paderborn u. a.: F. Schöningh: S. 209-244.
- Gluchowski, Peter/ Jutta Graf/ Ulrich von Wilamowitz-Moellendorff (2002): „Sozialstruktur und Wahlverhalten in der Bundesrepublik Deutschland“. In: *Parteiendemokratie in Deutschland*. Hg.: Oscar W. Gabriel, Oskar Niedermayer und Richard Stöss. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag: S. 181-203.
- Grauhan, Rolf-Richard (1975): „Einführung: Lokale Politikforschung“. In: *Lokale Politikforschung Bd. 1*. Hg.: Rolf-Richard Grauhan. Frankfurt/ Main: Campus: S. 11-37.
- Hildebrandt, Kai/ Russell S. Dalton (1977): „Die neue Politik: Politischer Wandel oder Schönwetterpolitik“. In: *Politische Vierteljahresschrift* (November 1977): S. 230-256.
- Hilmer, Richard (2002): „Wer gewinnt die Bundestagswahl? Lang- und kurzfristige Trends im Wahlverhalten“. In: *Der Bürger im Staat: Bundestagswahlen in Deutschland*, Heft 2/1. Hg.: Landeszentrale für Politische Bildung Baden Württemberg (www.Ipb.bwue.de/aktuell/bis/1_2_02/bt_wahl.htm) (Aufruf am 14.3.05)
- Inglehart, Ronald (1990): *Cultural Shift in Advanced Industrial Society*. Princeton, N. J.: Princeton University Press.
- Kitschelt, Herbert (1995): *The Radical Right in Western Europe: A Comparative Analysis*. Ann Arbor: University of Michigan Press.
- Kitschelt, Herbert (1994): *The Transformation of European Social Democracy*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Klein, Markus/ Kai Arzheimer (1997): „Grau in Grau: Die Grünen und ihre Wähler nach eineinhalb Jahrzehnten“. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie (KfSSZ)* 49: S. 650-673.
- Kröger, Stefan (2005): *Osnabrück: Eine illustrierte Geschichte der Stadt*. Osnabrück: Wenner.
- Lehmbruch, Gerhard (1992): „Konkordanzdemokratie“. In: *Lexikon der Politik Bd. 3: Die Westlichen Länder*. Hg.: Manfred G. Schmidt. München: Beck: S. 206-211.
- Lepsius, Rainer M. (1973): „Parteiensystem und Sozialstruktur: Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft. In: *Die deutschen Parteien vor 1918*. Hg.: Gerhard A. Ritter. Köln: Kiepenheuer und Witsch: S. 56-80.
- Lipset, Seymour M./ Stein Rokkan (1967): „Cleavage Structures, Party Systems and Voter Alignments: An Introduction“. In: *Party Systems and Voter Alignments: Cross National Perspectives*. Hg.: Dies. New York: The Free Press: S. 1-64.
- Nohlen, Dieter/ Rainer-Olaf Schulze (2002): *Lexikon der Politikwissenschaft*. 2 Bde. München: Beck.

Rokkan, Stein (2000): *Staat, Nation und Demokratie in Europa*. Die Theorie Stein Rokkans aus seinen gesammelten Werken rekonstruiert und eingeleitet von Peter Flora. Frankfurt/ Main: Suhrkamp.

Wandruszka, Adam (1977): „Österreichs politische Struktur: Die Entwicklung der Parteien und politischen Bewegungen“. In: *Geschichte der Republik Österreich*. Hg.: H. Benedikt. München: Oldenbourg.

Zapf, Wolfgang u. a. (1987): *Individualisierung und Sicherheit: Untersuchungen zur Lebensqualität in der Bundesrepublik Deutschland*. München: Beck.